



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 3
Dienstag, 23. Februar 2010
18:04 - 21:08 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 08.03.2010 (Zirkulationsweg)

Vorsitz:	Theresia Derksen	Ratspräsidentin
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmenzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 35 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Schluss der Sitzung:	Stadtpräsident Thomas Feuer SR Peter Kämpfer	

BEHANDELTE TRAKTANDEN:

- | | | |
|---|--|-----------------|
| 1 | Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission | Seite 50 |
| 2 | VdSR Baurecht auf Parzelle Nr. 1355 für die Naturforschende Gesellschaft, NGSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte vom 20.10.2009 | Seite 50 |
| 3 | VdSR Initiative "Steuerbelastung senken! Jetzt!" der Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen, Überweisung und Stellungnahme des Stadtrates vom 12.01.2010 | Seite 54 |

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
05.05.09	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Neue Vergabepraxis	
19.05.09	VdSR Gestaltung Rheinufer	FK
28.05.09	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption	
11.08.09	Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien zwischen kulturellen Institutionen	
13.10.09	VdSR Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 102, Webergasse 2/4 "Zum goldigen Lämmlein/Zum Geldmangel" im Baurecht	GPK
27.10.09	Motion Till Hardmeier (JFSH): Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen	
10.11.09	Interpellation Thomas Hauser (FDP): Reglement über die Bootsliegendeplätze (RSS 430.1)	
10.11.09	Postulat Urs Tanner (SP): Trolleybus unterwegs mit 100% erneuerbarer Energie - ohne Atomstrom	
10.11.09	VdSR Punktuelle Videoüberwachung (geplanter Einsatz, Reglement und Kreditantrag)	FK
26.01.2010	VdSR Totalrevision der Stadtverfassung	SPK
26.01.2010	VdSR Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen	FK
26.01.2010	VdSR Sanierung Haus "Zur Wasserquelle", Vordergasse 26	GPK

2009 Kleine Anfragen:

16	Till Hardmeier (JFSH)	Ungenügend genutzte Gebäude der Stadt	16.11.09
----	-----------------------	---------------------------------------	----------

2010 Kleine Anfragen:

1	Urs Tanner (SP)	Winterdienst: Holzschnitzel statt Salz auf den Strassen?	02.02.10
2	Till Hardmeier (JFSH)	Hortet die Stadt Baurecht anstatt Liegenschaften zu verkaufen?	04.02.10
3	Daniel Schlatter (SP)	Winterdienst	16.02.10

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission

Der Grosse Stadtrat wählt Christa Flückiger (SP) in stiller Wahl für den Rest der Legislaturperiode 2009-2012 als Nachfolgerin des zurückgetretenen Christoph Lenz (AL) in die Geschäftsprüfungskommission.

Traktandum 2 VdSR vom 20. Oktober 2009: Baurecht auf Parzelle GB Nr. 1355 für die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen, NGSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte

Der Grosse Stadtrat heisst in seiner Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 20. Oktober 2009 einstimmig wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 20. Oktober 2009 betreffend Baurecht auf Parzelle 1355 für die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen, NGSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe eines Teils des durch Abtausch erworbenen städtischen Grundstückes GB Nr. 1355 im Baurecht an die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 20. Oktober 2009 genannten Bedingungen zu.
3. Der Grosse Stadtrat stimmt dem wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskostenbeitrag an die neue Sternwarte von jährlich Fr. 15'000.-- zu. Dieser Beitrag ist indexiert und wird jährlich gemäss Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) angepasst.

Traktandum 3 VdSR Überweisung und Stellungnahme des Stadtrates vom 12. Januar 2010: Initiative "Steuerbelastung senken! Jetzt!" der Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst in seiner Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 12. Januar 2010 mit 20 : 5 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 12. Januar 2010 betreffend die Initiative "Steuerbelastung senken! Jetzt!" der Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen.
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative "Steuerbelastung senken! Jetzt!" für gültig.
3. Er verzichtet auf einen Gegenvorschlag.

4. Die Initiative wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.
-

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, eröffnet die dritte Sitzung des Jahres 2010 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer, Peter Neukomm und der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie der Gäste auf der Tribüne. Christian Schneider, Stadtschreiber, und Roger Düring, Leiter Immobilienbewirtschaftung, leisten dem Rat allenfalls Unterstützung zu Traktandum 2 und Traktandum 3.

Neu in diesem Rat wird Andi Kunz (AL) begrüsst, der vom Stadtrat für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 als Nachfolger von Christoph Lenz in den Grossen Stadtrat gewählt wurde. Andi Kunz wird auch anstelle von Christoph Lenz (AL) in der SPK Totalrevision Stadtverfassung Einsitz nehmen. Diese Kommission wird ihre erste Sitzung am 26. Februar 2010 abhalten.

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN

Am 28. Januar hat das Gespräch bezüglich Zuweisungspraxis von Geschäften an vorberatende Kommissionen stattgefunden. An diesem Gespräch haben folgende Personen teilgenommen: GPK-Präsident Walter Hotz, Dr. Cornelia Stamm Hurter als Mitglied der GPK, die Fraktionspräsidenten Dr. Raphaël Rohner (FDP) und Martin Roost (OeBS, parteilos) sowie der Präsident der FK Bau, Josef Eugster (SVP) und der Präsident der FK Soziales, Kurt Zubler (SP). Die Exekutive hat Christian Schneider vertreten.

Fazit: Das Büro wird wie bisher dem Parlament einen Vorschlag zur Zuweisung unterbreiten, bei Unsicherheiten werden auf Initiative des Büros vorgängig die Präsidenten der GPK und der beiden FK konsultiert. Der GrSR entscheidet gemäss GO in oberster Kompetenz. Wird ein Gegenantrag gestellt, erfolgt usanzgemäss sofort und ohne Diskussion die entsprechende Abstimmung.

Diskutiert wurde auch ein beschleunigtes Verfahren betreffend Zuweisung von bestimmten Vorlagen: Für das Büro wichtige Beschlüsse des Stadtrates aus der Stadtratssitzung am Dienstagmorgen werden dem Ratssekretariat für die am gleichen Nachmittag stattfindende Bürositzung direkt mitgeteilt.

Zur Sprache kam auch die Veröffentlichung der Traktandenliste in den Printmedien: Die Traktandenliste wird wie bis anhin in ihrer ganzen Länge in den Printmedien veröffentlicht. Die Bevölkerung soll vollumfänglich informiert werden. Ein Änderungsvorschlag wird allenfalls bei der Revision der GO einfließen.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Neues Mitgliederverzeichnis, aktualisierte Sitzplätze, Sitzungsdatenplan 2010
- Kleine Anfrage 1/2010, Urs Tanner (SP): Winterdienst: Holzschnitzel statt Salz auf den Strassen? mit Eingangsdatum: 02.02.2010.
- Kleine Anfrage 2/2010, Till Hardmeier (JFSH): Hortet die Stadt Baurechte

anstatt Liegenschaften zu verkaufen? mit Eingangsdatum 04.02.2010.

- Kleine Anfrage 3/2010: Daniel Schlatter (SP): Winterdienst, mit Eingangsdatum 16.02.2010
- Antwort auf Kleine Anfrage 17/2009 von Walter Hotz (FDP): Journalistische Kritik der Exekutive an Parteiprogrammen vom 23.02.2010
- Die Fraktionspräsidenten, die Präsidenten der Fachkommissionen des GrSR und das Büro haben die Einladung mit Traktandenliste zum Jahresgespräch mit dem SR erhalten. Das Treffen findet am 25.02.2010, 17 Uhr im Vortragssaal Museum zu Allerheiligen statt.
- Vorlage des Stadtrates vom 26. Januar 2010: Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen.
- Vorlage des Stadtrates vom 26. Januar 2010: Sanierung Haus „Zur Wasserquelle“, Vordergasse 26.

Zuweisung folgender Geschäfte:

- VdSR Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen vom 26.01.2010. Vorschlag Büro: FK Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- VdSR Sanierung Haus „Zur Wasserquelle“, Vordergasse 26, vom 26.01.2010. Vorschlag Büro: GPK. Die GPK hat sich im Vorfeld bereits damit beschäftigt. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*

Persönliche Erklärung Dr. Raphaël Rohner (FDP):

„Wer die Schaffhauser Nachrichten vom vergangenen Dienstag studiert hat - ich gehe davon aus, dass dies alle von Ihnen gemacht haben - ist einmal mehr auf interessante Beiträge gestossen, und einer davon war derjenige über die Ausführungen unseres Wirtschaftsförderers Thomas Holenstein zur Entwicklung und zu den Wachstumszielen der Region, unseres Kantons und unserer Stadt. Zwei Zitate möchte ich erwähnen: *„Die Werbekampagnen können noch so gut sein, wenn diejenigen, die nach Schaffhausen ziehen wollen, hier keinen adäquaten Wohnraum vorfinden. Neben der Sanierung von bestehenden Immobilien soll vor allem neues Bauland geschaffen werden“.*

Ich wurde manchmal belächelt, wenn ich Sie daran erinnerte, dass wir im Jahr 2005 einstimmig einen verbindlichen Auftrag an den Stadtrat erteilt haben, es seien 1,2 ha Landwirtschafts- oder Zöbagg-Land in Bauland für gehobene Ansprüche umzuwandeln. Ich habe zwei Kleine Anfragen lanciert und eine dringliche Interpellation eingereicht. Der zuständige Baureferent hat am 11.11.2008 gesagt: *„Ich kann Ihnen im Namen des Stadtrates versichern, dass er klar der Meinung sei, dass parlamentarische Aufträge verbindlichen Charakter haben. Der Stadtrat steht hinter diesem Auftrag“.*

Es würde der Stadt gut anstehen, in diesem Bereich tätig zu werden und den erteilten Auftrag umzusetzen. Ich habe ebenfalls mehrfach darauf hingewiesen, dass uns in der Schaffhauser Nachbarschaft verschiedene Gemeinden auf dem Land etwas vormachen. Entwicklung heisst, den Mut zu haben, gewisse Dinge auch anzupacken - das sagt auch unser Wirtschaftsförderer. Ich erwarte in den nächsten Monaten seitens des Baureferats entsprechende Vorschläge, dass dieser Auftrag aus dem Jahr 2005 doch bitte endlich umgesetzt werden kann. “

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 2 vom 26. Januar 2010 wurde vom Büro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Traktandum 1 Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungs- kommission

Urs Tanner (SP) schlägt im Namen der SP/AL-Fraktion die letztjährige Grossstadtratspräsidentin Christa Flückiger (SP) für das Amt in der GPK vor. Es erfolgen keine weiteren Wahlvorschläge.

Christa Flückiger (SP) ist vom Grossen Stadtrat in stiller Wahl für den Rest der Legislaturperiode 2009-2012 in die GPK gewählt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR Baurecht auf Parzelle Nr. 1355 für die Naturforschende Gesellschaft, NGSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte vom 20.10.2009

Dr. Paul Bösch (OeBS)

Bericht der Fachkommission Bau,

"Es freut mich, Ihnen im Namen der Fachkommission Bau über die genannte Vorlage zu berichten. Auch wenn wir das Geschäft an einer Sitzung beraten und einstimmig genehmigt haben, präsentieren wir Ihnen die Vorlage angesichts der Bedeutung nicht im vereinfachten Verfahren. Ich werde mir aber Mühe geben, mich auf die wichtigsten Inhalte zu konzentrieren und angesichts der Faszination des Sternenhimmels nicht zu sehr ins Schwärmen zu kommen.

Die jetzige Sternwarte kann auf eine fünfzigjährige Geschichte zurückblicken. In diesen 50 Jahren hat sich einiges bewegt und verändert. Schon zwei Jahre nach dem Bau ging die Sternwarte durch einen Schenkungsvertrag ins Eigentum der Stadt über, was zur Folge hatte, dass die Stadt seither für die Unterhaltskosten aufgekommen ist. Angesichts der zahlreichen Gäste jeglichen Alters, die Jahr für Jahr die faszinierenden Blicke ins nahe und ferne Universum geniessen konnten, sicher eine lohnende Investition. Dafür haben die Mitglieder der NGSH, beziehungsweise deren astronomische Sektion, in zahllosen Stunden den unentgeltlichen Betrieb sichergestellt, eine Leistung, die hier gebührend gewürdigt werden soll. Dadurch ist es auch möglich, dass Schaffhausen eine der wenigen öffentlichen Sternwarten besitzt, deren Besuch unentgeltlich ist, und dies soll auch so bleiben.

Verändert hat sich in diesen Jahren aber die Umgebung der Sternwarte: Die Bäume in der Umgebung wachsen zwar nicht gerade in den Himmel, aber den Blick zum Himmel schmälern sie doch merklich. Die Sicht auf den Nachthimmel wird aber leider auch durch die zunehmenden Lichteinflüsse der Umgebung erheblich beeinträchtigt. Da sich auch der bauliche Zustand der Sternwarte in all diesen Jahren verschlechtert hat und die räumlichen Verhältnisse den heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht werden, hat sich eine Verbesserung der Situation je länger je mehr aufgedrängt.

Wurde anfänglich noch mit einer Renovation gerechnet (und im Budget 2008 der Stadt auch ein entsprechender Betrag vorgesehen), zeichnen sich je länger je mehr die Vorteile einer Verlegung und damit auch eines Neubaus ab. Dass der Bedarf für eine Sternwarte in Schaffhausen ausgewiesen ist, geht aus den einleitenden Worten hervor, und ich denke, dass es insbesondere für die Schulen von grosser Bedeutung ist, dass auch in Zukunft die Möglichkeit zum astronomischen Anschauungsunterricht in Stadtnähe gegeben ist. Auch umliegende Gemeinden haben ihr Interesse bekundet und finanzielle Beiträge zugesichert.

Für den Standort der Sternwarte gab es verschiedene Aspekte zu berücksichtigen:

- Gute Sichtbedingungen nach allen Himmelsrichtungen
- Möglichst wenig störende Lichteinwirkungen
- Gute Erreichbarkeit im Einzugsbereich des öffentlichen Verkehrs
- Standort nicht im BLN-Gebiet
- Verfügbarkeit eines geeigneten Grundstücks

All diese Bedingungen konnten mit dem gewählten Grundstück gemäss der Vorlage berücksichtigt werden, insbesondere ist auch der bisherige Besitzer der Parzelle, Landwirt Hans Keller, bereit zu einem Landabtausch mit dem Nachbargrundstück, das im Besitz der Stadt ist.

Die Finanzierung ist wie folgt geregelt: Die von der Stadt 2008 budgetierten Fr. 200'000.-- werden für den Neubau anstelle der Renovation gesprochen. Der restliche Betrag muss von der NGSH über Sponsoring und Spenden bereitgestellt werden. Es sind erfreulicherweise schon namhafte Beträge zugesichert. Es dürfen aber weiterhin Spenden in beliebiger Höhe getätigt werden, eine Anleitung habe ich an der letzten Sitzung in vorausseilendem Optimismus bereits verteilt. Bei Bedarf habe ich auch heute noch Material bei mir auf dem Pult.

Die in der Vorlage aufgeführten Vertragsbedingungen sind aus Sicht der Kommission korrekt; insbesondere wird auch die Weiterführung der Beteiligung an den Betriebskosten im Sinne des Schenkungsvertrags von 1962 durch eine entsprechende Leistungsvereinbarung geregelt und im Antrag 3 zur Abstimmung gebracht. Eine Baubewilligung als Ausnahmbewilligung seitens des Kantons wurde in Aussicht gestellt, das Baugesuch ist inzwischen eingereicht und der Bau bereits ausgesteckt.

Wie schon eingangs erwähnt, hat die Fachkommission Bau die Vorlage mit 7 : 0 Stimmen gut geheissen, und ich hoffe, dass auch Sie dem Projekt neue Sternwarte mit einer einstimmigen Genehmigung zu einem guten Start verhelfen.

Zum Schluss erlaube ich mir, gleich noch die Stellungnahme der **Fraktion OeBS/CVP/EVP** bekannt zu geben:

Unsere Fraktion begrüsst einstimmig den Neubau der Sternwarte und wird auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen. Einen Wunsch zur Gestaltung der Umgebung möchten wir hier aber noch anbringen. Im Jahr der Biodiversität würden wir es sehr begrüssen, wenn die Umgebung so gestaltet wird, dass eine möglichst vielfältige Flora und Fauna Platz findet. Und vielleicht haben gegen Osten auch noch ein paar Büsche oder niedrige Bäume Platz, so dass sich für den Landwirt als Nachbar ein angenehmer Ausblick ergibt. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Im Namen der **Fraktion FDP/JFSH** freut es mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen werden.

Die Sternguckerei hat in der Stadt Schaffhausen eine lange Tradition. Wenn ich mich an meine Kindheit und die Besuche im Café Rohr mit Mutter und Grossmutter erinnere, kommen mir die Photographien im Treppenhaus mit den faszinierenden Aufnahmen aus dem Weltall in den Sinn, die vom damaligen Initiator der Sternwarte, Dr. h.c. Hans Rohr, gemacht wurden. In Schaffhausen wurde damals in diesem Bereich Pionierarbeit geleistet, die schlussendlich Konditormeister Hans Rohr den Ehrentitel Dr. h.c. einbrachte. Mit der Sternwarte beim Steigschulhaus wurde für die Bevölkerung und die Schule eine einmalige Anlage geschaffen. Da Bäume, Lichtemissionen und Gebäude die freie und gute Sicht in den Himmel beeinträchtigen, ist ein Neubau an einer offenen und nebelfreien Stelle unabdingbar. Deshalb finden wir den Standort an den "Drei Eichen" ideal. Auch den finanziellen Beitrag der Stadt, die Übernahme der Betriebskosten und den Verzicht auf die Baurechtszinsen durch die Stadt erachten wir als richtig - von dem her gesehen eine problemlose und wertvolle Vorlage für die Stadt.

Dass die neue Sternwarte in die Landwirtschaftszone zu liegen kommt, ist für uns ebenfalls kein Problem. Sie steht dann im Umfeld von Kartoffeläckern, Tomaten- und Tabakfeldern. Kartoffeln, Tabak und Tomaten sind Nachtschattengewächse, was passt besser als nächtliche Sterngucker? “

Marianne Streicher-Schwyn (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Das Wichtigste wurde bereits gesagt, ich kann mich kurz halten. Die **SP/AL-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Wir begrüssen es, wenn künftig in der Sternwarte wieder das Sternenmeer und weniger der Blätterwald zu beobachten ist. Ich möchte hier auch wieder einmal die Gelegenheit nutzen, unserem Kommissionspräsidenten Josef Eugster für die effiziente Sitzungsleitung, dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie allen Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit danken. Ich bin inzwischen sozusagen ein richtiger Fan der Baukommission geworden. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Zur Vorlage muss ich nichts mehr sagen, alles Wichtige wurde bereits erwähnt. Wir haben jetzt klare Verhältnisse über die Kosten, die jährlich auf uns zukommen. Das war bisher nicht immer so. Ich habe ein anderes Anliegen. Es würde mich interessieren, wer von diesem Parlament bereits in der Sternwarte war. Es gibt

wenige, die noch nie da waren. Ich weiss, dass Paul Bösch Mitglied der Naturforschenden Gesellschaft ist. Wenn die neue Sternwarte steht, gehe ich davon aus, dass Paul Bösch uns einlädt und eine Führung organisiert. Das können wir so entgegen nehmen, besten Dank an Paul Bösch.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird geschlossen auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme des Stadtrates

”Ich hoffe, dass das Parlament beim Besuch in der Sternwarte, wenn es dann Sterne gucken kann, ein bisschen Weisheit für die Zukunft der Stadt bekommt, und sich dies positiv auswirken wird.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Die heutige Sternwarte im Schulhaus Steig wurde von der Naturforschenden Gesellschaft Schaffhausen (NGSH) gebaut und der Stadt geschenkt. Somit war die Stadt schon immer für den Unterhalt zuständig. Der heutige Standort bei der Steigschule war sehr beliebt, und diese hat es nicht unbedingt gerne gesehen, dass die Naturforschende Gesellschaft nach einem neuen Standort sucht. Selbst im Logo der Schule ist die Sternwarte enthalten, die Symbiose von Sternwarte und Schule funktionierte sehr gut. Die seitens der NGSH aufgeführten Gründe sind verständlich, sie haben mit der Lichtverschmutzung, aber auch mit den sehr hohen Bäumen im Schulhof zu tun.

Für notwendige Sanierungsarbeiten an der alten Sternwarte wurden Fr. 200'000.-- im Budget 2009 eingestellt und sind nach wie vor reserviert. Für den Neubau wird der Betrag zum Projekt dazugegeben. Ein kritischer Punkt am neuen Standort ist, dass eventuell die Kinder mit Privatautos dahin gebracht werden und somit ungewünschter zusätzlicher Verkehr entsteht. Der Stadt wurde jedoch von der NGSH versichert, dass die Schulen Busse benutzen werden. Das Projekt erscheint dem Stadtrat sinnvoll und architektonisch sehr gelungen.

Planungsrechtlich wurde vorab eine Anfrage beim Kanton gemacht, ob Aussicht auf eine Ausnahmegewilligung besteht, worauf eine positive Rückmeldung kam. Ich hoffe, dass es auch nach dem Urteil des Obergerichts im Bereich Brandtobel keine Einschränkung gibt, die Situation bei den “Drei Eichen” anders gewichtet wird und die Vorabklärung auch während dem Baubewilligungsverfahren Gültigkeit hat.

Der notwendige und in der Vorlage enthaltene Landabtausch mit Herrn Keller ist bereits vollzogen und rechtsgültig. Es geht jetzt nur noch darum, das Baurecht der NGSH zu geben. Im Vertrag ist zudem auch festgehalten, mit welchen Beträgen die Naturforschende Gesellschaft von der Stadt rechnen kann, was weitere Forderungen ausschliesst. Die NGSH ist damit einverstanden und sucht jetzt nach Spendengeldern. Mit der Leistungsvereinbarung können der alte Schenkungsvertrag abgelöst und für die Zukunft klare Verhältnisse geschaffen werden.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass eine gute, sinnvolle und kostengünstige Lösung gefunden werden konnte, eine sinnvolle Lösung für eine Schul- und Volkssternwarte. Wir bedanken uns für das grosse Engagement seitens der Naturforschenden Gesellschaft. Es ist nicht ganz einfach in der heutigen Zeit, die nötigen Gelder bereitzustellen und genügend Leute zu finden, die einen derart grossen Enthusiasmus für ein solches Projekt entwickeln.

Ich wünsche ihnen alles Gute für die Umsetzung und hoffe, dass wir schon bald der Einladung von Paul Bösch folgen können. “

Die **Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten vorliegt, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, verliest die Vorlage des Stadtrates vom 20.10.2009, Seiten 1-5, sowie die Anträge auf Seite 5 und die Beilagen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 20. Oktober 2009 betreffend Baurecht auf Parzelle 1355 für die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen, NGSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe eines Teils des durch Abtausch erworbenen städtischen Grundstückes GB Nr. 1355 im Baurecht an die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 20. Oktober 2009 genannten Bedingungen zu. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat stimmt dem wiederkehrenden Betriebs- und Unterhaltskosten-Beitrag an die neue Sternwarte von jährlich Fr. 15'000.-- zu. Dieser Beitrag ist indexiert und wird jährlich gemäss Landesindex der Konsumentenpreise (LIK), angepasst. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 20.10.2009 einstimmig gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR Initiative “Steuerbelastung senken! Jetzt!” der Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen, Überweisung und Stellungnahme des Stadtrates vom 12.01.2010

Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme des Stadtrates

”Nachdem es jetzt um den Blick in die Sterne ging, gehen wir zu etwas Irdischerem über. Ich versuche Sie anschliessend von der Stellungnahme des Stadtrates zur Volksinitiative “Steuerbelastung senken! jetzt!” der Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen zu überzeugen. Überzeugen ist eine der Hauptaufgaben eines Exekutivpolitikers, und ich hoffe, dass es mir gelingt, Sie auf unseren Weg mitzunehmen.

Wie Sie bereits aus der Vorlage ersehen können, beantragt Ihnen der SR, die Initiative dem Volk ohne Gegenvorschlag und mit Antrag auf Ablehnung vorzulegen.

Im Folgenden erläutere ich gerne die Hintergründe, die zu dieser klaren Haltung geführt haben.

Zur Frage der Gültigkeit verweise ich auf das Gutachten Uhlmann und die Vorlage. Bedenken bestehen vor allem betreffend die Unvereinbarkeit mit übergeordnetem kantonalen Recht, insbesondere der Kompetenzbeschneidung des Grossen Stadtrates in Bezug auf die jährliche Festlegung des Steuerfusses. Weitere Bedenken beziehen sich auf die Frage der Durchführbarkeit. Ich zitiere hierzu aus dem der Vorlage beigelegten Kurzgutachten von Prof. Dr. iur. Felix Uhlmann (Seite 17 und 19): *"Die Initiative wirkt bezüglich ihrer Durchführbarkeit erhebliche praktische Probleme auf, wenn bei ihrer Umsetzung die Vorgaben aus dem übergeordneten kantonalen Gemeinde- und Finanzhaushaltsrecht eingehalten werden sollen. (...) Wo und an welcher Stelle genau gespart werden soll, welche Aufgaben der Staat allenfalls schlechter auszuführen oder ganz zu streichen habe, sagt die Initiative nicht. In diesem Sinne entscheiden die Stimmberechtigten in grosser Unsicherheit über die Konsequenzen der entsprechenden Initiative"*.

Der Gutachter spricht also auch die Unsicherheit über die Konsequenzen der Initiative an. Die Stimmberechtigten, welche an der Urne abstimmen werden, wissen nicht, welche konkreten Auswirkungen diese Initiative haben wird. Die Initianten konnten bis zum heutigen Tag nicht aufzeigen, wo und in welchen Bereichen in den nächsten 5 Jahren wiederkehrend Fr. 15 Mio. eingespart werden sollen und sie haben bei entsprechenden Fragen in der Öffentlichkeit nur vage Hinweise gegeben.

Sicher bei dieser Initiative auf jeden Fall ist vor allem Folgendes: Sie wird dem städtischen Finanzhaushalt massiven Schaden zufügen, welcher mit erheblichen Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung verbunden wäre. Investitionen in die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Schaffhausen würden für längere Zeit verunmöglicht.

Gemäss dem Grundsatz "in dubio pro populo" ist das Volksbegehren aber trotzdem als gültig zu erklären, denn auch *"eine unvernünftige, unwirtschaftliche oder sonst fragwürdige Initiative ist in diesem Sinne noch keine ungültige."* (Kurzgutachten Prof. F. Uhlmann vom 11.01.2010, Seite 19).

Wie begründen nun die Initianten ihren Vorstoss? Zwei Aspekte stehen im Vordergrund:

1. Steuerhölle?

Die Initianten sind nicht die einzigen, denen die steuerliche Attraktivität unserer Stadt am Herzen liegt. Der Stadtrat teilt dieses Anliegen. Das ist kein Lippenbekenntnis. Er hat in den vergangenen Jahren auch den entsprechenden Tatbeweis erbracht.

Nun machen die Initianten aber geltend, die Stadt Schaffhausen sei auf dem Weg zu einer Steuerhölle. Damit suggerieren sie, dass die Steuerbelastung in unserer Stadt im Vergleich zu anderen Gemeinden angestiegen und unterdessen derart hoch sei, dass unsere Bevölkerung bald höllische Qualen erleiden werde. Da wird weder Beichte noch Ablass helfen, nur eine himmlisch hohe Steuerfussenkung könne uns jetzt noch vor dem fiskalischen Fegefeuer retten.

Zu den Fakten:

Die Stadt Schaffhausen ist in keiner Weise eine Steuerhölle und auch nicht auf dem Weg dorthin. Diese Behauptungen der Initianten erweisen sich als tatsachenwidrig

und rufschädigend.

Zuerst zum Steuerfuss:

Dieser ist in der Stadt Schaffhausen in den vergangenen 9 Jahren deutlich spürbar, nämlich um 14 Punkte, das heisst von 112 auf 98 Punkte, gesenkt worden. Darin enthalten ist der Steuerfussabtausch von 6 Punkten mit dem Kanton. Mit 98 Punkten liegen wir innerkantonale im vorderen Drittel aller Gemeinden. Klar unterboten werden wir nur von einzelnen kleineren Landgemeinden wie beispielsweise Stetten oder Buchberg. Stetten muss neben Flurlingen für die Vergleiche der Initianten immer wieder herhalten. Dabei wird bewusst ausgeblendet, dass unsere Stadt als Regionalzentrum, als Treiber für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Entwicklung der ganzen Region und als Kantonshauptstadt ganz anderen Anforderungen bezüglich Dienstleistungsangebot und Infrastruktur genügen muss, als eine Kleingemeinde im "Speckgürtel". Die angestellten Vergleiche der Initianten sind darum unlauter. Auch in anderen Kantonen haben die Kantonshauptstädte mit ihren kostenintensiven Zentrumsfunktionen keine Chance, mit den Tiefsteuergemeinden an den Peripherien der Agglomerationen mithalten zu können. Das liegt in der Natur der Sache. In vielen Kantonshauptorten dürfte man sich bereits sehr glücklich schätzen, wenn man einen Steuerfuss vorweisen könnte, der unter dem kantonalen Mittel läge.

Bei den Vergleichen über die Kantonsgrenze hinaus ist überdies zu berücksichtigen, dass wir von einem Finanzausgleich wie zum Beispiel im Kanton Zürich nur träumen können. Die Stadt Winterthur erhält aus dem Finanzausgleich jährlich gut Fr. 90 Mio. das heisst fast Fr. 1'000.-- pro Kopf. Rechnen Sie aus, was das für die Stadt Schaffhausen bedeuten würde. Ähnliches gilt für unsere Nachbargemeinden Feuerthalen, Dachsen et cetera, die von massiven Transferleistungen profitieren, was eine direkte Vergleichbarkeit erschwert.

Zur Erinnerung:

2008 hat die Stadt aus dem kantonalen Finanzausgleich Fr. 22'724.-- erhalten. (Ressourcenausgleich: + Fr. 698'817.-- und Lastenausgleich: - Fr. 676'093.--). Mit der von der Initiative anvisierten Steuersenkung hätten wir stattdessen rund Fr. 750'000.-- in den Finanzausgleich einzahlen müssen. Und am Rande noch eine Bemerkung zu Flurlingen: Bei höheren und hohen Einkommen zahlen die Steuerpflichtigen in Flurlingen heute mehr Steuern als in unserer Stadt. Machen Sie mal den Vergleich, Sie werden sich wundern.

Neben den Steuerfussenkungen der vergangenen Jahre haben auch die kantonalen Steuergesetzrevisionen die Steuerzahlenden der Stadt erheblich entlastet. Das wird in der Vorlage detailliert aufgezeigt. Verheiratete Steuerpflichtige mit Kindern zahlen heute in fast allen Einkommenskategorien 20% bis knapp 40% weniger Einkommenssteuern als noch vor 9 Jahren (mindestens 13% bei Alleinstehenden ohne Abzüge). Insgesamt wurden die Steuerzahlenden in der Stadt seit 2001 um rund Fr. 30 Mio. entlastet. Ich habe hier schon einmal den kantonalen Finanzdirektor zitiert, der die Steuerentlastungen der vergangenen Jahre als weltrekordverdächtig bezeichnet hat. Offenbar korrelieren seine Wahrnehmungen nicht mit denen der Initianten.

Unser Gemeinwesen hat bezüglich der fiskalischen Attraktivität einen grossen Satz nach vorne gemacht und das gleichzeitig auch bei den Unternehmenssteuern, wo der Kanton unterdessen schweizweit in einer Spitzengruppe steht. Beim frei verfügbaren Einkommen, welches neben der Steuerbelastung sämtliche

wohnortsgebundenen Kosten berücksichtigt, sind wir in die Top ten des Landes vorgestossen. Da müssen sicher auch die vergleichsweise tiefen Gebühren, welche die Bevölkerung unserer Stadt für diverse Grundleistungen bezahlt, erwähnt werden. Als Kantonshauptstadt ist Schaffhausen unterdessen sogar für Spitzenverdiener attraktiv: Eine Studie über die Höchststeuersätze in Kantonen und Gemeinden (vergleiche NZZ vom 07.01.2010) hat aufgezeigt, dass der durchschnittliche Spitzensteuersatz der Kantonshauptorte, inklusive Bundessteuer, 34,3% beträgt. In der Stadt Schaffhausen liegt er bei 32,3%, das heisst klar unter dem eidgenössischen Durchschnitt und immer noch wesentlich tiefer als beispielsweise in Zürich mit 40% oder Frauenfeld mit 35,2%. Die Initianten, welche ihr Umfeld offenbar einzig aus der Optik der Steuerbelastung wahrnehmen wollen, hätten also allen Grund sich zu freuen.

2. Aufgeblähter Verwaltungsapparat?

In der Vorlage (Seite 5 - 9) wird aufgezeigt, wofür die Stadt das eingenommene Geld einsetzt. Dabei wird auf die Behauptung der Initianten eingegangen, die Stadt sei überverwaltet, was zu hohe Kosten verursache. Auch diese Behauptung lässt sich bei genauerer Betrachtung nicht aufrechterhalten. Fakt ist, dass der Personal- und Sachaufwand seit dieser Legislatur stabilisiert werden konnte und dies, obwohl viele Aufgaben und Kostenfaktoren auf kommunaler Ebene nicht oder kaum beeinflussbar sind. Sowohl das Budget 2010 als auch die Prognose für das Jahr 2009 unterstreichen dies. Alles deutet darauf hin, dass wir bei den Personalkosten in der Rechnung 2009 unter Budget bleiben werden.

Die Ergebnisse der Vergleiche unseres Personal- wie Sachaufwands pro Kopf der Bevölkerung mit anderen grösseren wie kleineren Städten zeigen, dass mit den Steuergeldern in der Stadt verantwortungsvoll umgegangen wird. Ich verweise dazu auch auf meine Ausführungen vom 27.10.2009 in diesem Rat bei der Beantwortung des Postulats Walter Hotz "Optimierung der Führungs- und Aufgabenstrukturen".

Ich erlaube mir, Sie noch einmal auf einige Zahlen hinzuweisen, die zwar keinen Anspruch auf wissenschaftliche Genauigkeit beanspruchen, aber doch Anhaltspunkte für eine Beurteilung geben: 2008 betrug der Gesamtaufwand pro Kopf in Schaffhausen Fr. 6'180.--. Städte wie Zug mit Fr. 9'925.--, Luzern mit Fr. 10'110.-- oder Winterthur mit Fr. 13'619 pro Kopf der Bevölkerung weisen massiv höhere Ausgaben aus. Vergleichbare Werte erreichen St. Gallen mit Fr. 7'305.--, Fribourg mit Fr. 6'123.-- oder Thun (keine Kantonshauptstadt) mit Fr. 5'983.--. Beim Aufwand für die allgemeine Verwaltung schneiden wir mit Fr. 632.-- pro Kopf sehr günstig ab, nämlich genau gleich wie das halb so grosse Wil. St. Gallen kommt auf Fr. 689.--, Fribourg auf Fr. 733.--, Winterthur auf Fr. 789.-- und Luzern gar auf Fr. 1'033.--.

Der SR setzt sich bewusst für ständige Verbesserungen und Optimierungen bei der Leistungserbringung sowie für Kostentransparenz und eine bessere Vergleichbarkeit ein. Er nimmt diesen Dauerauftrag, die Aufgaben zugunsten unserer Bevölkerung effizient und kostengünstig zu erbringen, sehr ernst und hat diese Zielsetzung auch in seinen Legislaturzielen verankert.

Radikale Abstriche beim Verwaltungsaufwand, wie ihn die Initiative, aber auch die 2002 überwiesene Motion Wullschleger verlangen, sind nach unseren Analysen nicht ohne spürbaren Leistungsabbau zu erhalten. Darum hat der SR im Jahr 2009 eine systematische Leistungsanalyse der städtischen Dienste in die Wege geleitet. Es geht dabei nicht nur um die Frage, in wie weit Leistungen durch übergeordnetes Recht gebunden sind und ob auf Leistungen verzichtet werden soll, sondern auch

um die Frage ihrer Positionierung in Bezug auf ihren Beitrag zur Stadtentwicklung und auf ihr Potenzial im Hinblick auf Strukturen, Prozesse, Standards. Der Grosse Stadtrat wird noch dieses Jahr in die Überprüfung des Leistungskatalogs miteinbezogen und im Rahmen der Jahresgespräche, die am nächsten Donnerstag, 25.02.2010, stattfinden, über die Methodik und die Zeitabläufe informiert. Man könnte diesen Prozess als eine Art indirekten Gegenvorschlag zur Initiative betrachten, weil das Parlament auf diesem Weg die Möglichkeit hat, über das künftige Dienstleistungsangebot der Stadt mit zu entscheiden. Hier und heute Resultate dieses Prozesses vorwegzunehmen, wäre aber unseriös.

3. Service public nicht gefährden:

Die Initiative würde die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Stadt nachhaltig schwächen und den nächsten Generationen hohe aufgeschobene Sanierungsaufgaben aufbürden. Schwer betroffen wäre aber auch die Leistungsfähigkeit der Stadt beim Service public. Ein markanter Leistungsabbau und Beitragskürzungen auf allen Ebenen wären die Folge. Darunter würden eben nicht nur ein paar wenige leiden. Betroffen wären alle, die Quartiere, die Vereine, die Volksschule, die Altersheime, der Verkehr, der Sport, die Kultur et cetera – alle Bevölkerungsschichten und Generationen müssten auf ein Stück wichtige Schaffhauser Lebensqualität verzichten.

Die hohen Einbussen bei den Einnahmen, wie sie die Initiative verlangt, könnten nämlich nur mit einem massiven Personalabbau kompensiert werden. Das wäre nicht ohne Entlassungen zu bewerkstelligen. Damit würde die Stadt die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt noch weiter anheizen und sich auf der sozialen Seite wieder zusätzliche Kosten bescheren.

Bisher wollten die Initianten die Ausfälle von Fr. 15 Mio. nach eigenen Aussagen vor allem bei der Kultur und beim öffentlichen Verkehr kompensiert sehen, also genau bei zwei unserer anerkannten "Perlen" im Standortwettbewerb. Bei jedem Neuzuzügerempfang - und da können Sie sich gerne auch mit den bisherigen Stadträten unterhalten - werden von den Eingeladenen die schweizweit herausragenden Angebote unserer Kulturinstitutionen und unserer VBSH mit als Grund für die Wahl unserer Stadt als Wohnort genannt.

Wie schon mehrfach erwähnt, sind ungefähr 80% der Aufgaben auf kommunaler Ebene durch übergeordnetes Recht vorgegeben. Dies zeigen auch unsere bisherigen Erhebungen zum Leistungskatalog. Es bestehen deshalb erhebliche Zweifel, ob ein solcher Kahlschlag, wie ihn die Initiative bedingt, überhaupt durchführbar wäre. Da stossen wir erneut in den Bereich der Zweifelhaftigkeit der Durchführbarkeit, den der Gutachter auch erkannt hat.

Der SR ist der festen Überzeugung, dass die Schaffhauserinnen und Schaffhauser einen solchen nicht wollen. Sie wollen eine attraktive, leistungsfähige Stadt, die auch in Zukunft ihre Aufgaben im Dienste aller Bevölkerungsschichten und Generationen erfüllen kann. Selbstverständlich muss dies zu einem konkurrenzfähigen Preis geschehen, weshalb wir – als Exekutive und Legislative – unser Handeln und unsere Ausgabenpolitik immer wieder innerhalb der demokratischen Prozesse legitimieren müssen. Als Parlament halten Sie mit der Budgetverantwortung und der jährlichen Festsetzung des Steuerfusses die wichtigsten Hebel in Ihren Händen und müssen sich in Ihrem Gestaltungsspielraum nicht voreilend einschränken.

4. Nachhaltige Entwicklung nicht verhindern:

Wie bereits erwähnt, anerkennt der SR die Bedeutung der steuerlichen Attraktivität als Standortfaktor unserer Stadt. Er hat deshalb in den letzten Jahren die beim Kanton vorgenommenen steuerlichen Entlastungen der natürlichen und juristischen Personen meistens mitgetragen und hat auch selber mitgeholfen, die fiskalische Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt zu verbessern. Steuern sind aber nur ein Standortfaktor unter verschiedenen anderen. Die alleinige Fokussierung auf die Steuerbelastung ist zu eindimensional, weil sie andere, wichtige Standortfaktoren gefährdet. Darunter befinden sich unsere bestehenden Stärken, aber auch jene, die wir in den kommenden Jahren zusammen mit dem Kanton und unterstützt durch die Wirtschaftsförderung weiter entwickeln wollen. Gemeinsames Ziel von Kantons- und Stadtregierung ist ein moderates, aber nachhaltiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, wobei wir aufgrund der Demographie vor allem junge Familien als Neuzuzüger in unsere Stadt bringen wollen. Das Wohnortsmarketing wurde darauf ausgerichtet und Investoren und Interessenten richten ihren Blick erfreulicherweise vermehrt nach Schaffhausen.

Es ist schon mehrfach empirisch und wissenschaftlich nachgewiesen worden, dass gerade für jüngere Bevölkerungsgruppen und Familien bei der Wahl des Wohnortes andere Kriterien als der Steuerfuss wesentlich wichtiger sind. Erfolgreich kann nur ein gesamthaft hochwertiges Produkt sein. Das wollen wir anbieten können, um den aktuellen Trend zum urbanen Wohnen zu unseren Gunsten zu nutzen. Dazu gehört zum Beispiel:

- die Schaffung von Wohnraum in Altstadtliegenschaften durch Zentralisierung der Stadtverwaltung,
- die Erschliessung hochwertiger Wohngebiete, beispielsweise auf der Breite und im Lindli (PASS, RSE-Projekt unterirdisches Schiesszentrum Birch),
- die Einzonung und Verflüssigung von Bauland (Dr. Raphaël Rohner kann getrost sein, dass dieses Thema bearbeitet wird),
- das Agglomerationsprogramm sh.plus zur Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung bei der 40% vom Bund und 30% vom Kanton mitfinanziert wird,
- ein besserer Zugang unserer Stadt zum Rhein (vergleiche Masterplan Rheinufer),
- die Schaffung einer zeitgemässen Sport- und Kongressinfrastruktur (RSE-Projekte Eventhalle und Sporthalle Stahlgiesserei, Sanierung Sportplatz Bühl, Fussballplätze Birch),
- Quartierdienstleistungszentren in der Altersbetreuung,
- eine Modernisierung der Volksschule (Schulraumplanung mit dringend nötigen Turnhallensanierungen oder der Erweiterungsbau des Schulhaus Breite, Tagesstrukturen et cetera).

Mit dieser Vorwärtsstrategie, die Vorinvestitionen bedingt, welche finanziert werden müssen, soll neues Steuersubstrat generiert werden, das wir brauchen, um weitere fiskalische Entlastungen vornehmen zu können. Analog zum Regierungsrat möchten wir die Mittel, die uns aufgrund der Wirtschaftskrise in nächster Zeit verbleiben, für zukunftsgerichtete Investitionen einsetzen, um 2013, wenn der Halbstundentakt im Zugverkehr nach Zürich kommt, bereit zu sein. Das können Sie auch aus unserem Finanzplan 2010 - 2013 ersehen. Unter dem Titel „Wir brauchen eine Entwicklungsdebatte“ hat sich der Wirtschaftsförderer am Samstag in den SN dezidiert hinter diese Strategie gestellt. Hier zitiere ich den gleichen Artikel wie Dr. Raphaël Rohner.

Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt würden diese Strategie schlicht verunmöglichen. Das sieht auch der Kanton so, der sich aufgrund einer wesentlich komfortableren finanziellen Situation - hohes Eigenkapital und keine Schulden - Steuersenkungen viel eher leisten könnte als die Stadt (vergleiche kantonaler Finanzplan 2010/13).

5. Finanzpolitische Vernunft statt gefährlicher Abenteuer:

Die verlangten Steuersenkungen würden aus Sicht des Stadtrates verhindern, dass unsere Stadt in Zukunft finanziell gesund bleiben kann, und hier zeigt sich auch die grosse Widersprüchlichkeit der Initianten. Auf der einen Seite beklagen sie die hohe Verschuldung der Stadt, auf der anderen Seite wollen sie deren Einnahmen drastisch kürzen. Wenn das Erste stimmen würde, wäre das Zweite finanzpolitisch verantwortungslos. Aber zum Glück stimmen ja auch die Behauptungen der Initianten über die schlechte finanzielle Verfassung der Stadt nicht. Das hat der Kanton als Aufsichtsinstanz der Kommunen vor kurzem bestätigt (SN vom 22.01.2010). Dabei wurde festgehalten, dass die Finanzlage einer Gemeinde dann angespannt ist, wenn die Nettoschuld pro Einwohner Fr. 3'000.-- übersteigt und die Steuerkraft tief ist. Beides trifft für die Stadt Schaffhausen nicht zu: Die Nettoschuld pro Einwohner konnte von 2004 bis 2008 von Fr. 2'624.-- auf Fr. 1'950.-- reduziert werden. Das sind rund 25% in vier Jahren!

Gleichzeitig ist absehbar, dass wir in den nächsten zwei bis drei Jahren finanziell unter den Folgen der Rezession leiden werden. Das wissen auch die Initianten. Die Arbeitslosenzahlen und damit auch die Sozialhilfeausgaben werden spürbar ansteigen. Der private Konsum und die Steuereinnahmen sind und werden auch weiterhin rückläufig sein. Damit bleibt der Spielraum für die Laufende Rechnung, zur Bewältigung der normalen Unterhaltskosten und unseres Investitionsbedarfs beschränkt.

Nach der Museumssanierung und dem Neubau Künzle-Heim wird uns dieses und nächstes Jahr vor allem die Erneuerungen der KSS erheblich belasten. Im Finanzplan sind bis 2013 weitere Investitionen von über Fr. 150 Mio. eingestellt und zahlreiche zusätzliche Vorhaben, vor allem bauliche Sanierungen, sind aus finanziellen Gründen noch weiter hinausgeschoben worden und deshalb nicht mehr in diesem Finanzplan enthalten. Dabei geht es bei vielem nicht um "nice to have", sondern um elementare Infrastrukturen. Das sind bei Nichtrealisation ebenfalls Schulden, die uns irgendwann einholen werden. Darüber haben wir im Rat bereits mehrfach gesprochen.

Darüber hinaus stehen bereits neue, nicht beeinflussbare, wiederkehrende Zusatzausgaben an, für die wir in den nächsten Jahren mehrere Steuerpunkte brauchen werden, um sie finanzieren zu können:

- Ab 2010: Rund Fr. 200'000.-- an den Kanton als Abgeltung an die EDV im Steuerwesen.
- 2010: Rund Fr. 300'000.-- Mehrkosten Spitex zufolge Anstieg der Fallzahlen.
- Ab 2011: Rund Fr. 1 Mio. für die Neuregelung der Pflegefinanzierung.
- 2011/12: Mindestens Fr. 500'000.-- an den Kanton für den neuen Bildungskostenausgleich.
- 2010/11: Weiterer Anstieg der Beiträge an die Verbilligung KK-Prämien (Budget 2010: + Fr. 1,5 Mio.).

Es werden mit Sicherheit weitere Belastungen hinzukommen, die wir nicht oder nur

kaum beeinflussen können. Wir wollen nicht auf Schwarzmalerei machen. Wir sind nach wie vor optimistisch, dass wir mit unserer Strategie Erfolg haben werden. Aber unter den gegebenen Umständen die Einnahmen der Stadt durch zusätzliche Steuerfussreduktionen für natürliche wie juristische Personen im Voraus nachhaltig zu schmälern, wäre aus Sicht des SR höchst grobfahrlässig, insbesondere wenn wir noch berücksichtigen, dass wir über kein genügendes Eigenkapital verfügen. Ein solches Vorgehen würde schlicht verhindern, dass wir künftig in der Lage sein werden, unseren Haushalt in Ordnung zu halten.

Nach den markanten Steuersenkungen der letzten Jahre, dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, den ungewissen Zukunftsaussichten und den wichtigen Zukunftsinvestitionen, die in nächster Zeit auf uns zukommen, ist jetzt nicht finanzpolitisches Abenteuerertum gefragt, sondern Weitsicht und Vernunft. Es gibt bei der Stadt aus heutiger Sicht keinen Spielraum für Steuersenkungen auf Vorrat. Das gilt auch für einen Gegenvorschlag, welcher der Stadt ein Korsett aufzwingen würde, welches das wirtschaftliche Umfeld und die Entwicklungen der städtischen Finanzen ausser Acht liesse.

Wer anderes behauptet, negiert bewusst die Realitäten, streut der Bevölkerung bezüglich der finanziellen Situation der Stadt Sand in die Augen und will verhindern, dass wir die mit dem Kanton gemeinsam aufgelegte Entwicklungsstrategie umsetzen können. Keinem Unternehmen käme es in den Sinn, sich einen Neuaufbruch ohne Investitionen vorzustellen und sich einen solchen mit einem selbst verordneten Liquiditätsengpass zu flankieren. Vielmehr ist klar, dass für jede Ernte zuerst gesät werden muss.

Das sieht der Regierungsrat genauso: Das Volkswirtschaftsdepartement hat am 22.01.2010 in seiner Analyse der finanziellen Situation der Gemeinden auf die Kumulation der Auswirkungen der massiven Steuersenkungen der vergangenen Jahre und der Wirtschaftskrise hingewiesen und die Gemeinden nicht nur zur Zurückhaltung bei den Ausgaben, sondern explizit auch zu Augenmass bei der Festlegung der kommunalen Steuerfüsse ermahnt (Schaffhauser Nachrichten 22.01.2010, Seite 16).

6. Ausblick und Fazit:

Das Fell kann also erst verteilt werden, wenn der Bär erlegt ist. Diese Jägerregel gilt auch in der Finanzpolitik. Steuern auf Vorrat zu senken, ist weder seriös noch verantwortungsvoll. Darum gibt das kantonale Recht in Art. 26 ff. Gemeindegesetz klare Regeln vor, wie der Steuerfuss in den Gemeinden festzulegen ist, nämlich alljährlich im Rahmen des Budgetprozesses, das heisst in Kenntnis der aktuellen Finanz- und Wirtschaftslage. Dagegen kann immer Referendum ergriffen werden.

Diese sinnvolle kantonale Vorgabe bietet Gewähr dafür, die Zielsetzung des Finanzhaushaltsgesetzes, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, auch wirklich einhalten zu können. Es gibt keine sachlichen Gründe von dieser Regelung abzurücken und die Budgetkompetenz des GrSR über eine zweifelhafte Verfassungsbestimmung unnötig einzuschränken.

Mit einer Ablehnung der Initiative ist bezüglich einer weiteren steuerlichen Attraktivierung unserer Stadt nichts verloren oder präjudiziert. Der SR hat in seiner Vorlage in Aussicht gestellt, dass er hierzu auch Hand bieten wird, wenn die Rahmenbedingungen dies wieder erlauben werden. Dazu brauchen wir aber einerseits die Überwindung der Wirtschaftskrise und andererseits die erfolgreiche

Umsetzung unserer Strategie für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum.

Der SR ist überzeugt, dass die Stimmberechtigten erkennen werden, welche unkalkulierbaren und fatalen Auswirkungen die Initiative auf die Finanzlage und damit auf die Leistungs- und Investitionsfähigkeit der Stadt hätte. Wir sind zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, den Souverän von unserem Weg, den wir zusammen mit dem Kanton eingeschlagen haben, zu überzeugen. Er ist vernünftig, nachhaltig und Erfolg versprechend. Ich hoffe, dass Sie uns dabei mithelfen werden, auch indem Sie heute dieser Initiative mit einer klaren Haltung eine Absage erteilen und sie dem Stimmvolk ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung unterbreiten werden. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Wünschbares und Machbares liegt oftmals so weit auseinander wie Dichtung und Wahrheit, ab und zu ist der Weg vom einen zum anderen bei ersterem sogar weiter als bei letzterem. Immerhin steht hinter beidem – wenigstens in gewissen Fällen – eine Vision oder ein Traumgebilde. Lassen wir dies für vorliegend zu behandelndes Geschäft doch ganz einfach offen.

Wir haben uns mit einer Initiative der Jungfreisinnigen zu beschäftigen, die von 674 Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen unterstützt wird und deshalb in unserem Rat gemäss Verfassung der Einwohnergemeinde zu beraten und anschliessend der Stimmbevölkerung zur Entscheidung vorzulegen ist.

Wir haben in unserer Fraktion lange und intensiv über den Inhalt, beziehungsweise die Absicht dieser Initiative diskutiert und uns vor allem die Frage des weiteren Vorgehens gestellt, um eine Lösung präsentieren zu können, die aus einer Situation der Ungewissheit und des Unbehagens in Bezug auf Konsequenzen und Machbarkeit, beziehungsweise Umsetzbarkeit, die bei einer Zustimmung zur Initiative in der Volksabstimmung entstehen könnte, weg und hin zu einem gangbaren finanzpolitischen Weg führt.

Man mag zur Initiative und ihrem Begehren stehen wie man will, man mag sie gar als überrissen oder unhaltbar beurteilen, und trotzdem hat sie und haben damit die Initianten den Anspruch einer konstruktiven Beratung. Das von der Verfassung in Art. 13 vorgesehene Verfahren brauche ich Ihnen nicht noch einmal zu erläutern. Dies ist in der stadträtlichen Vorlage eingehend auf Seite 3 dargestellt.

- Zur Gültigerklärung der Initiative: Der Stadtrat hat ein Gutachten bei einem nicht nur in Fachkreisen anerkannten Experten eingeholt. Wir hatten zwar teilweise gewisse Zweifel in Bezug auf dessen Ergebnisse bei der Beurteilung der Frage der so genannt „mangelnden Bestimmtheit“ – hier hätte man wohl auch eine konträre Meinung begründen und vertreten können, wenn man die Forderung der Initiative und deren Auswirkungen auf den Finanzhaushalt einer näheren Betrachtung unterzieht - sind dann aber zum Schluss gekommen, dieses zu akzeptieren. Unser demokratisches Verständnis setzt voraus, dass man sich in Grenzfällen der Auslegung für eine Gültigkeit einer Initiative aussprechen solle, um dem Rat und der Stimmbevölkerung die Gelegenheit zu geben, sich materiell zum Initiativbegehren zu äussern. Eine Ungültigkeitserklärung mit anschliessendem Rechtsstreit würde in einer Demokratie, wo wir im Übrigen in den letzten Jahren auch bei Initiativen auf Bundesebene mit Inhalten und Forderungen konfrontiert waren, bei denen

man bezüglich dieser Frage unterschiedlicher Meinung hätte sein können, politisch zu Recht kaum verstanden. Im Zweifelsfalle ist dies auch nicht opportun.

- Zur Forderung der Initiative: Im Zuge dieser Erkenntnis hat sich denn unsere Fraktion mit der materiellen Forderung der Initiative auseinandergesetzt. Einig waren wir uns in folgenden Punkten:

Nach wie vor steht unsere Stadt im regionalen Steuerwettbewerb nicht an vorderster Stelle, besteht also Handlungsbedarf, um dieses eine aber nicht unwesentliche Element bei einer Standortwahl von Neuzuzügern und Firmen im Rating zu verbessern. Die FDP hat sich in den vergangenen Jahren zusammen mit den anderen Fraktionen auf der bürgerlichen Ratsseite konsequent für eine Senkung der Steuerlast eingesetzt, und dies mit Erfolg, wie die Zusammenstellung auf Seite 8 der stadträtlichen Vorlage zeigt. Erfolg war diesem Bestreben indessen nur beschieden, weil man entsprechend der jeweiligen finanziellen Situation finanzpolitisch tragbare Steuersenkungsforderungen gestellt hat, die sich weder nachteilig auf die Investitionskraft der Stadt, noch auf das Angebot des Service Public – die eben beide im Standortwettbewerb ebenso wichtig sind, um Attraktivität zu bewahren oder zu vergrössern – ausgewirkt haben. Im Gegenteil: Die Entlastungen waren nachhaltig im eigentlichen Sinne des Wortes und haben seit dem Jahre 2001 zu einer deutlichen Senkung der Steuerbelastung in der Stadt geführt. Die Stadt hat jeweils auch nach vollzogener Steuersenkung einen positiven Abschluss ihrer Rechnung vorweisen können. Diese Absicht und Stossrichtung war und ist nach Ansicht unserer Fraktion richtig und muss uns auch in Zukunft leiten.

Der Weg ist demnach das Ziel, und eine Mehrheit unserer Fraktion vertritt denn auch die Meinung, dass von dieser nun seit Jahren von der FDP konsequent und erfolgreich eingehaltenen Marschrichtung nicht abgewichen werden soll. So sind die Forderungen der Initiative bei eben dieser Mehrheit der Fraktion nicht auf Unterstützung gestossen. Diese Mehrheit erachtet die Forderungen der Initianten in Bezug auf die Absicht der Steuerentlastung mit ihren Vorstellungen als durchaus kompatibel, vertritt aber mit aller Deutlichkeit die Ansicht, dass sie so, wie sie im Initiativtext formuliert ist und der Volksabstimmung zu unterbreiten sein wird, einer sorgfältigen und verantwortungsbewussten finanzpolitischen Beurteilung nicht stand hält. Sie wird so kaum oder gar nicht umsetzbar sein. Ich verweise Sie auf die Ausführungen in der Vorlage.

Die Stadt Schaffhausen steht vor grossen Herausforderungen und muss handlungsfähig bleiben. Es kann nicht sein, dass ihr in nur fünf Jahren ein Steuersubstrat von nahezu Fr 15 Mio. entzogen wird, ohne dass man über das „Wie“ und die diesbezüglichen Konsequenzen Gedanken oder Rechenschaft ablegen muss. Ich erinnere Sie an einige der finanzpolitisch relevanten Geschäfte der nächsten Zukunft, wie beispielsweise die Umsetzung der Vorlage Schulraumplanung, an den Rheinufer-Masterplan, an die in ihren Konsequenzen in Bezug auf die finanzielle Mehrbelastung nicht zu unterschätzende Neuregelung der Pflegefinanzierung, an die Abschreibung des Investitionsbeitrages zur Sanierung der Eissportanlagen der KSS et cetera – der Finanzreferent hat es ja bereits im Einzelnen aufgezählt.

Setzt man die Fr. 15 Mio. zudem in ein Verhältnis zu den rund 20% des Ausgaben-

Budgetvolumens der Stadt, die nicht zu den so genannt gebundenen Ausgaben gehören, so ist dies doch unrealistisch und vor allem in einem Zeitraum von nur fünf Jahren – wie gefordert - nicht umsetzbar. Insbesondere die bereits länger im Rat Einsitz nehmenden Mitglieder unserer Fraktion können und dürfen diese Feststellung machen, haben wir doch wie erwähnt massgeblich und konsequent den alternativen Weg beschritten, und das ist derjenige der konstruktiven, finanzpolitisch vertret- und verantwortbaren konsequenten Senkung des Steuerfusses aufgrund der genauen Analyse der jeweils zur Verfügung stehenden Fakten und Zahlen. Der Erfolg bestätigt unser Vorgehen. Der Steuerfuss musste zu keiner Zeit gegen oben angepasst werden; was jeweils an Reduktion und damit an Entlastung beschlossen worden war, konnte belassen werden.

Aufgrund dieser Ausgangslage wird denn die Mehrheit der Fraktion der Initiative nicht zustimmen, währenddem eine Minderheit, wozu selbstverständlich unsere Jungen, welche die Initiative lanciert haben, gehören, Ja sagen wird.

Dieser Mehrheitsentscheid ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass unsere Fraktion dem Stadtrat in finanzpolitischen Fragen eine konstruktive Haltung attestiert: Er hat etwas bewegt, er zeigt Bereitschaft zur Transparenz in einem Bereich, wo das Finanzreferat in früheren Jahren kaum je seine Karten aufgedeckt und den Grossen Stadtrat – oftmals wohl auch den Stadtrat selber - im Ungewissen gelassen hat, was ja jeweils Gegenstand unserer klaren Kritik war.

Wie geht es nun weiter? – Ist das das Ende der so genannten Weisheit?

Nein, dem ist nicht so. Wir haben uns im Bewusstsein und getragen von der Absicht, die Steuerlast in bewährter Art und in vernünftigen Umfang zu senken, soweit dies unter Berücksichtigung der gesamten Umstände möglich ist, dafür entschieden, Ihnen bei der Schlussabstimmung bei Ziff. 3 zu beantragen, eine Kommission einzusetzen und einen Gegenvorschlag zu erarbeiten, so wie dies gemäss Art. 13 Abs. 3 und 5 vorsieht, beziehungsweise zulässt.

Wir alle stehen in einer erhöhten Verantwortung, wenn es in diesem Rat um Fragen des städtischen Haushaltes geht. Ich habe Ihnen bereits dargelegt, dass nach unserer Einschätzung die Forderungen der Initiative innert der geforderten Frist nicht umsetzbar sein werden. Die Stadt muss ihre Aufgaben erfüllen können und zwar qualitativ gut; dem Stadtrat darf nicht die Handlungsfähigkeit entzogen werden. Wir glauben aber, beziehungsweise sind der festen Ansicht, dass ein vom Parlament ausgearbeiteter Gegenvorschlag, der die vorgenannten Investitionen und Mehrbelastungen auch der laufenden Rechnung berücksichtigt, der aber ebenso auf die durchaus positiv lautenden Prognosen im Finanzplan, so wie sie uns anlässlich der letzten Budgetdebatte vorgestellt worden sind, Bezug nimmt, eine gute Chance auf Akzeptanz selbst bei denjenigen Kreisen, die ohne einen solchen Gegenvorschlag die Initiative stützen würden, stossen wird.

Es würde dem Parlament gut anstehen, hiefür, wie von der Verfassung vorgesehen, eine Kommission einzusetzen, um einen politisch tragfähigen Gegenvorschlag auszuarbeiten und diesen in Wahrnehmung der uns von den Wählerinnen und Wählern übertragenen Verantwortung der Stimmbevölkerung als Alternative zur Initiative vorzulegen. Damit wäre auch sichergestellt, dass die öffentliche Diskussion auf der Sachebene und frei von Polemik – die bei einer Abstimmung nur über die Initiative selber wohl unausweichlich wäre – stattfinden könnte. Und es wäre die Gelegenheit, damit auch die seit 10 Jahren in einem Aktenschrank des

Finanzreferates ruhende Motion Wullschleger in die Überlegungen einzubeziehen, ja diese allenfalls sogar im gleichen Zuge erledigen zu können.

Wir werden einen diesbezüglichen Antrag stellen und bitten Sie jetzt schon, diesen Ansatz zur konstruktiven Lösung aufzunehmen und ihm auch zuzustimmen.

Abschliessend kann ich Ihnen mitteilen, dass unsere Fraktion auf die Vorlage eintreten wird und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. “

Daniel Preisig (JSVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ich freue mich, Ihnen die Fraktionserklärung der **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** verlesen zu dürfen. Diese Vorlage des Stadtrates ist eine Sammlung von Ausreden. Nach der Rede von SR Peter Neukomm bin ich sicher, dass der Stadtrat immer einen Grund findet, warum die Steuern nicht gesenkt werden können. Auf 15 Seiten versucht uns der Stadtrat darzulegen, warum er nicht sparen kann. Ehrlicher wäre es zu sagen: Wir können oder wir wollen gar nicht sparen. Seit Jahren vermissen wir beim Stadtrat jeglichen Willen, unsere Stadt finanziell zu entwickeln. Lassen Sie mich ein paar Beispiele aufzählen:

Beispiel 1: Im Finanzplan plant der Stadtrat eine Plafonierung des Steuerfusses. Von steuerlicher Attraktivierung keine Spur.

Beispiel 2: In der Budgetsitzung zeigte der Stadtrat keinerlei Anstalten, für tiefe Ausgaben zu sorgen. Im Gegenteil: Der Stadtrat stellte unzählige Verteuerungsanträge. Unvergesslich ist der herz hafte Einsatz des Stadtpräsidenten für die Fachliteratur.

Beispiel 3: Ständig baut der Stadtrat sein Ausgabenportfolio mit Aufgaben aus, die eigentlich gar nicht zur Kernaufgabe des Staates gehören. Jüngstes Beispiel: Die Stadt soll nun auch noch Spielgruppen subventionieren. Es ist schön, Geld zu verteilen, das man gar nicht hat. Geld spielt dem Stadtrat nie eine Rolle, ausser es geht um die Löhne - natürlich.

Beispiel 4: Parlamentarische Aufträge aus dem bürgerlichen Lager werden vom Stadtrat konsequent ignoriert. Die Motion Wullschleger hat traurige Berühmtheit erlangt und ist ein Symbol für die Untätigkeit und Ignoranz unseres Stadtrates in Finanzfragen.

Leider brilliert der Stadtrat in der Finanzpolitik nicht ganz so stark wie bei seinen glanz & gloria-Auftritten. Statt Glamour herrscht bei den Finanzen Katzenjammer. Der Sparwille des Stadtrates ist gleich Null und auf das Parlament hört der Stadtrat sowieso nicht. Genau deshalb braucht es diese Volksinitiative. Wer, wenn nicht das Volk, soll dem Stadtrat sonst Beine machen? Unser Stadtrat braucht diese Leitplanken vom Volk.

Es gibt Parlamentarier, die sagen, diese Initiative sei unseriös, so viel Geld lasse sich nicht einsparen ohne dass es weh tut. Stimmt das wirklich? Lassen Sie uns die Forderung genau ansehen.

Die Initiative verlangt (ich zitiere): *“Die Stadt Schaffhausen vermindert den Verwaltungsaufwand in den nächsten fünf Jahren in einem solchen Umfange, dass der Steuerfuss um mindestens 15 Prozentpunkte gesenkt werden kann”.*

Durchschnittlich sollen die Steuern also jährlich um 3% gesenkt werden. Die Steuereinnahmen machen 54% aller Einnahmen der Stadt aus (Vorlage Seite 4). 3% von den Steuereinnahmen sind dementsprechend 1.62% der Gesamteinnahmen bzw. auch der Gesamtausgaben (wenn wir von einem ausgeglichenen Budget ausgehen). Das heisst, der Stadtrat müsste die Ausgaben jährlich um bescheidene 1.62% senken, um das Volksbegehren zu erfüllen. Und dabei sind die Mehreinnahmen wegen der gewonnenen Attraktivität noch gar nicht eingerechnet. Die Ausgaben um 1.62 % pro Jahr zu senken, das ist nun wirklich keine Hexerei. In Unternehmen der Privatwirtschaft ist das Alltag.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir in unserer Stadt weit weg sind von einer schlanken Verwaltung. Solange

- gelangweilte Sozialarbeiter Marroni verteilen gehen können,
- der Städtökologe Glühwürmchen zählen kann,
- die Stadt Geld für so genannte Fachliteratur ausgeben kann,
- der Stadtrat jährlich eine Million für Schulleitungen ausgeben will
- besteht ganz bestimmt üppiges Optimierungspotenzial, wenn man denn nur will.

Es braucht keine grosse Analyse, warum sich die Bevölkerungsstatistik unserer sonst so schönen Stadt derart negativ entwickelt. Es bringt nichts, die Augen weiter vor der Tatsache zu verschliessen und Ideologien runterzubeten. Es ist liegt auf der Hand, dass unserer Stadt vor allem aus einem Grund die Einwohner davon laufen: Nämlich – und ich weiss, das hören Sie nicht gerne – weil die Steuern zu hoch sind. Deshalb ist es wichtig, dass finanziell endlich etwas geht in unserer Stadt.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** unterstützt die Volksinitiative voll und ganz. Die städtische Politik braucht endlich eine ernsthafte Debatte über den Steuerfuss. Die städtische Finanzpolitik braucht eine massive Kurskorrektur. Ebenso erachtet eine Mehrheit unserer Fraktion einen Gegenvorschlag als unnötige Verzögerung der wichtigen Finanzdiskussion. Es geht um einen Richtungsentscheid, zu dem es keinen sinnvollen Gegenvorschlag geben kann. Wichtig ist, dass nun endlich das Volk abstimmen kann und dieser Richtungsentscheid gefällt wird. Wenn nun einige Teilzeitbürgerliche einen Gegenvorschlag fordern, weil sie zwar schon ein bisschen, aber dann doch nicht so richtig sparen möchten, dann ist das eher Ausdruck einer mangelnden Entscheidungsfreudigkeit als ein Zeichen seriöser Politik. Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion lehnt einen Gegenvorschlag ab.

Zum Schluss möchte ich den Initianten viel Kraft wünschen für den Abstimmungskampf. Liebe Jungfreisinnige, mit der SVP/JSVP/EDU-Fraktion habt ihr verlässliche Partner. “

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Herr Preisig, in diesen 11 Jahren ist mir das Warten schon lange nicht mehr so schwer gefallen wie heute Abend. Sie verlangen eine ernsthafte Debatte zum Thema und machen hier vorne den “guignol”. Das ist unglaublich. Unsere fünf Stadträte wurden vom Volk gewählt, und zwar mit guten Resultaten, wie wir als Volksvertreterinnen und -vertreter. Behandeln Sie bitte diese Personen mit Respekt und überlassen Sie dem Volk die Personalentscheide sowie die Sachentscheide über Fr. 1 Mio. (Schulleitungen). Darüber werden wir in zwei Wochen mehr wissen, vermischen Sie dies bitte nicht.

Zuerst danke ich den Initianten für die Initiative. Es ist ein sehr wichtiges Grundrecht, alles im Rahmen übergeordneter Gesetze in Frage zu stellen, ja sogar in Frage stellen zu *müssen*. Ein fairer objektiver Diskurs ist immer richtig, wichtig und gut. Das wissen gerade wir Linken relativ gut. Man sollte alles zur Debatte stellen können, sogar wenn es blanker Unsinn wie im vorliegenden Fall ist. Um ein viel zitiertes Zitat zu bemühen: "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" (Rosa Luxemburg) - wahrscheinlich nicht unbedingt auf Ihrem Nachttisch liegend, liebe Vollzeit-, Teilzeit- oder wie auch immer -bürgerliche.

Deshalb danke ich auch dem Finanzreferenten SR Peter Neukomm, der wirklich sehr ausführlich über die ganze Initiative und die Überlegungen des Stadtrates berichtet hat und in fairer Weise auch die Frage der Ungültigkeit der Initiative seriös durch Prof. Uhlmann abklären liess. Dr. Raphaël Rohner hat bereits darauf hingewiesen. Trotz einiger gravierender Mängel (übergeordnetes Recht, Durchführbarkeit, Einheit und Unbestimmtheit) muss man mit der Bundesgerichtspraxis zum Schluss kommen "in dubio pro populo", dass keine Ungültigkeit vorliegt und das Volk richtigerweise das letzte Wort haben soll. Das ist gut so. Der einzige Halbsatz, wo ich mit Daniel Preisig einverstanden bin, ist, dass es in dieser Frage keinen Gegenvorschlag braucht, das Volk soll über diesen Unsinn entscheiden. Die Kernfrage der Initiative ist: Was ist die *objektive* Wahrheit über den Zustand der städtischen Finanzen? Dies pachtet jeder für sich, niemand ist subjektiv, immer die anderen machen Propaganda, wir selbst aber nie.

Mit welchem Instrument messe ich denn? Ich sage Ihnen ein Beispiel: Als 10-jähriger Schüler fand ich Karl May oft spannender als den obligatorischen Schulunterricht. Meine Eltern hätten mir aber kaum einen Blauschein zum Schwänzen ausgestellt. Also manipulierte ich den Fiebermesser mittels Glühbirne so, dass ich 38 Grad Fieber hatte und zuhause in Ruhe den "Schatz im Silbersee" lesen konnte. Der Fiebermesser war also kein objektiver Gradmesser meiner effektiven Körpertemperatur.

Und genau so macht es der Jungfreisinn, ihr Fiebermesser ist hochgradig manipuliert. Welchem Fiebermesser traue ich jetzt mehr? Der gefühlten Steuerhölle, den hundert Prozent Bürgerlichen oder den Jungfreisinnigen oder allenfalls der Zeitschrift Bilanz in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen? Dann wohl doch eher der Wissenschaft und einer Zeitung, die nicht unbedingt von der WOZ herausgegeben und verlegt wird. Im Gemeindevergleich der Gemeindefinanzen, Sie erinnern sich schwach, machte die Stadt Schaffhausen den 2. Platz. Bei vier der acht untersuchten Kennzahlen erzielten wir die *Maximalbewertung*. Selbstfinanzierungsgrad von 123%, Nettoinvestitionen konnten wir aus eigenen Mitteln decken, mehr Zinserträge als Zinsbelastung, und so weiter und so fort. Sie kennen diese Studie, auch wenn Sie ihr nicht glauben. Wahrscheinlich schmort sie bereits im Höllenfeuer, ist abgebrannt und unleserlich. Das sind eben Fakten, machen Sie uns nicht zu Griechenland, wo weit und breit kein Griechenland ist. Machen Sie dort lieber Ferien, belügen Sie uns bitte nicht.

Wollen Sie eine Stadt im Würgegriff von Extremsparern? Die Initiative ist durchführbar, Sie müssen nur sagen, was der Preis dafür ist. Sie müssen 150 Mitarbeitende entlassen und die Infrastruktur radikal herunterfahren. Das müssten Sie mal den Leuten erzählen. Die Initiative will, dass die Steuereinnahmen der Stadt in den nächsten 5 Jahren um Fr. 15 Mio. reduziert werden, unbesehen von Finanz- und Wirtschaftslage. Wer weiss heute, wo der Leitzins in 5 Jahren steht, wie es dem Hypothekarmarkt geht und welche Bank mit wem kuschelt. Sie arbeiten beide bei

Banken, das sind wichtige volkswirtschaftliche Institutionen, aber sparen und Banken?

Was heisst das, wenn das Volk die Initiative gut heisst? Das heisst eben weniger öffentliche Sicherheit, weniger Ausgaben für Schulen und Altersheime - beispielsweise weniger Geld für Essen - und so weiter. Bitte bringen Sie Beispiele. Gebühren für das Hallenbad verdoppeln, für die Bibliothek oder das Museum? VBSH-Buslinien stilllegen und den öffentlichen Verkehr, der bisher immer sehr gute Noten erreichte, zuhinterst auf die Liste bringen? Das ist extrem attraktiv, die Leute werden in Horden nach Schaffhausen strömen. Top bei den Steuern, ja - aber sonst, ziemlich zuhinterst, das ist wirklich sehr attraktiv. Ich gebe selbst zu, dass es effektiv tollere Sachen gibt wie Steuergelder an die Steuerbehörde zu überweisen. Niemand bezahlt gerne Steuern, obwohl meine Vorgängerin Esther Bänziger dies immer behauptet hat, habe ich es ihr nie so richtig geglaubt. Aber ich weiss, dass die Steuern gut und effektiv eingesetzt werden.

Die Steuerzahlenden der Stadt Schaffhausen wurden aber in den letzten 10 Jahren um Fr. 29.3 Mio. Franken entlastet. Das funktionierte vor allem dank Mehreinnahmen aus einem starken Wirtschaftswachstum. Nun kumulieren sich die Mindereinnahmen der Wirtschaftskrise und der Steuersenkungen. Was der Jungfreisinn vorsätzlich fordert, ist die städtischen Finanzen an die Wand zu fahren. Das kann der mündige Schaffhauser kaum wollen und wird darum diese Initiative klar ablehnen. Wir sind stolz auf unsere Infrastruktur, die gut erhalten, modernisiert und stellenweise ausgebaut werden soll. Dr. Raphaël Rohner hat einen ganzen Katalog an Investitionen aufgezählt. Ob Neueinzonungen, wie von Dr. Raphaël Rohner vorgeschlagen, wirklich zum Ziel führen, ist in Zeiten von schweizweit zu grossen Bauzonen doch umstritten. Attraktives städtisches und verdichtetes Wohnen (Bleiche, PASS, Rheinuferprojekt) beurteile ich als zukunftssträchtiger und Ressourcen schonender.

Diese Initiative würde dem Grossen Stadtrat das Steuer aus der Hand schlagen, um finanzpolitisch adäquat und besonnen reagieren zu können. Das Parlament soll aber auch künftig seine Verantwortung wahrnehmen können, indem es jedes Jahr von neuem über den Steuerfuss befindet, im Wissen um die Finanzlage und das wirtschaftliche Umfeld. Steuergeschenke auf Vorrat sind unseriös, schwächen die Stadt und führen in eine finanzpolitische Sackgasse.

Die **SP/AL-Fraktion** wird die Hand zum finanzpolitischen Harakiri nicht bieten, weder zur Initiative, noch zu irgendwelchen Gegenvorschlägen. Der Begründung des Fraktionspräsidenten der Freisinnigen habe ich aufmerksam zugehört. Er hat den massiven Investitionsbedarf sehr klug begründet, aber die Schlussfolgerung des Gegenvorschlages habe ich nicht ganz begriffen. Warum ist dieser noch nötig? Das Parlament hat die Kompetenz, bei der jährlichen Budgetdebatte darüber zu entscheiden, ob der Steuerfuss nach oben, ob er bleiben oder nach unten soll. Ein Gegenvorschlag ist unnötig, und wir sollten die Initiative in der gesetzlich vorgesehenen Frist vors Volk bringen. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion kann dieser Initiative gar nichts Positives abgewinnen und lehnt sie einstimmig ab, und dies aus folgenden Gründen:

1. Eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments ist die Beratung des Budgets.

Dazu gehört sicher, dass man die Ausgaben kritisch unter die Lupe nimmt und Einsparungen wo sie notwendig und sinnvoll sind konsequent umsetzt. Es gehört aber ebenso dazu, dass man die notwendigen Mittel für die für eine lebendige Stadt unverzichtbaren Angebote und für faire Löhne in der Verwaltung zur Verfügung stellt. Dies ist aber nur möglich, wenn das Parlament in der Budgetberatung auch über den notwendigen Steuerfuss diskutieren und befinden kann. Diese Initiative beschneidet nun aber die Kompetenz des Parlaments und der städtischen Stimmbevölkerung in einem unverantwortlichen Mass.

2. Mit der übermässigen Einschränkung der Einnahmen in den nächsten Jahren wird entweder ein enormes Defizit, eine unverantwortliche Zunahme der nicht gedeckten Schulden erzeugt oder es muss in den kulturellen Angeboten, den Schulen, der Attraktivierung der Stadt et cetera ein Kahlschlag ohne gleichen erfolgen. Da die Lohnsumme nicht von einem Jahr auf das andere grundsätzlich verändert werden kann, ist auf diesem Weg allenfalls langfristig mit Optimierungen etwas zu erreichen, aber auch nur, wenn wir auf Leistungen der Stadtverwaltung verzichten. Auf welche Angebote und Leistungen wollen wir aber verzichten? Ich sehe im Moment auch auf der rechten Seite keine umsetzbaren Vorschläge für eine solche Massnahme. Es stellt sich hier auch die Frage, ob eine gesunde und für Zuzüger attraktive Stadt sich das überhaupt leisten kann.

Auch ein möglicher Gegenvorschlag würde die gleichen Nachteile aufweisen und bringt uns in dieser Diskussion nicht weiter.

Es bleibt also nur, diese destruktive Initiative klar abzulehnen. Wir werden auf die Vorlage eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen. “

Gertrud Distel (CVP)

Votum

”Die Steuern - ja, das ist so eine Sache mit den Steuern. Kaum hat das Jahr begonnen, schon flattert uns ein grosses graues Couvert ins Haus. Die Steuererklärung muss gemacht werden. Nach gutem Wissen und Gewissen füllen wir Bogen für Bogen aus und bekommen als Dank die Rechnung.

A propos Dank: Als Kinder sagten wir Danke, wenn wir etwas bekamen. Doch in der realen Welt der Erwachsenen genügt das nicht mehr. Ein Dank ist gut für die Seele, aber mein Magen knurrt immer noch. Also muss ich in ein Lebensmittelgeschäft und etwas kaufen. Dafür bezahle ich. Ich kann auch in ein Restaurant gehen und mich bekochen lassen, auch für diese Leistung muss ich bezahlen. Seit der Mensch das Geld erfunden hat, bezahlen wir für Leistungen, die für uns erbracht werden, so wie auch wir für unsere Arbeit bezahlt werden wollen.

Die Stadt erbringt unzählige Leistungen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Wenn mir nach Kultur oder nach Sport ist, so finde ich in unserer Stadt ein reiches Angebot, und das alles in unmittelbarer Nähe, zu Fuss oder mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr.

Für mich ist es ganz natürlich, dass ich jede Woche meinen Abfall vor die Haustür stellen kann und er abgeholt wird. Anders als in Stetten oder einer anderen Landgemeinde werden auch Karton und Altmetall in regelmässigen Abständen eingesammelt. Das ist nur ein Bruchteil von Leistungen, welche die Stadt erbringt.

Hinter all diesen Leistungen stehen Leute, die sie ausführen.

Die Initianten sagen, der Verwaltungsaperrat sei zu gross. Wenn man in 5 Jahren 15 Steuerpunkte einsparen müsste, wären 150 Vollstellen betroffen. Diese lassen sich nicht durch natürliche Abgänge einsparen. Also müssten Stellen gestrichen und Leute entlassen werden. Junge Leute zu entlassen, wäre schlecht, die meisten haben eine Familie. Diejenigen mittleren Alters will man nicht entlassen, sie sind wertvolle Know how-Träger. Bleiben die Älteren. Entlässt man diese, sind sie wohl nicht mehr auf der Lohnabrechnung der Stadt, aber sicher steigen die Sozialausgaben, und das sind ja auch Steuergelder.

Einige Jungparlamentarier meinen, man könne auch beim Unterhalt und den Investitionen sparen. Der Freie Platz lässt grüssen. Damit würden wir dem Gewerbe keinen Gefallen erweisen. Mir auch nicht, denn ich liebe diese Stadt und möchte, dass sie unterhalten und gepflegt wird. Dass gespart werden muss in der heutigen Zeit, das wissen wir alle, aber diese Steuerinitiative ist utopisch. Lassen wir es dabei, dass wir jedes Jahr beim Budget über die Steuerhöhe bestimmen können. “

Stadtpräsident Thomas Feurer

Stellungnahme

”Ich werde die heutige Ratssitzung gegen 20 Uhr zur Verabschiedung von Rolf C. Müller verlassen und möchte deshalb zu einigen Punkten wie folgt Stellung nehmen:

Ich bitte Sie, bei Ihren Entscheiden zu berücksichtigen, was *Sie* eigentlich mit dieser Stadt wollen. Der Stadtrat hat sich klar geäußert, *wir* möchten die Stadt entwickeln, nicht zuletzt auch deshalb, weil wir aus den zusätzlichen Steuereinnahmen die Aufwendungen, die wir für die Zukunft benötigen, finanzieren wollen. Ich verweise auf die Stadt Zürich, welche die Ausfälle aus der Finanzwirtschaft praktisch ausschliesslich mit Steuereinnahmen von Neuzuzügern finanzieren kann. Ich teile die Meinung von Dr. Raphaël Rohner, dass die Leute nicht nach Schaffhausen kommen, weil die Steuern zu hoch sind, sondern weil sie keinen geeigneten Wohnraum finden. Dafür müssen wir zuerst investieren.

Ich habe einen hohen Respekt vor diesem Parlament, und ich schätze es sehr, dass Sie sich für diese Stadt einsetzen. Bitte machen Sie dies auch mit dem Stadtrat. Was Sie, Herr Preisig, über den Stadtrat gesagt haben, hat absolut nichts mit Vertrauenskultur zu tun. Das ist eine reine Misstrauenskultur. Sie lachen jetzt, das tun Sie bereits während des gesamten Abends. Mir ist bei diesem ernsten Thema nicht zum Lachen zumute. Ich bitte Sie, den Stadtrat in seiner Strategie zu unterstützen, und das heisst nicht, dass wir nicht verschiedene Meinungen vertreten können. Sie werfen dem Stadtrat einfach pauschal vor, nichts zu tun. SR Peter Neukomm hat Ihnen in seinem Bericht detailliert dargelegt, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, und was wir in Zukunft anpacken wollen, auch bezüglich steuerliche Entlastungen. Wir möchten nicht gleichzeitig die Stärken dieser Stadt zu Schwächen umwandeln. Ich bitte Sie, auf die Vertrauenskultur zurückzukommen, die überhaupt nichts mit blindem Glauben zu tun hat, sondern damit, dass *wir* Ihnen zutrauen, mit den Steuern, dem Budget und der Rechnung verantwortungsvoll umzugehen - das Gleiche erwarte ich allerdings von *Ihrer Seite* auch gegenüber dem Stadtrat.

Die Stadt ist an einem Scheideweg: Die Stärken werden abgeschafft, und damit erreichen wir zwar eine verbesserte Steuerposition und gewinnen allenfalls im Ranking einige Plätze. Aber das Angebot für die Bevölkerung ist nicht mehr

vorhanden. Dafür müssen wir zuerst investieren. SR Peter Neukomm hat dies bereits mit seiner Bemerkung *"Wir müssen zuerst säen, damit wir später ernten können"* angetönt. Dem Stadtrat ist es damit sehr ernst. Bitte orientieren Sie sich in all Ihren Entscheiden auch daran, dass dieser Stadtrat durchaus das Wohl dieser Stadt im Auge hat. "

Till Hardmeier (JFSH)

Stellungnahme der Initianten

"Ich möchte die Stellungnahme der Initianten vorstellen - warum auch immer dies ganz am Schluss geschehen soll - und freue mich, dass wir heute gemeinsam ein paar Stunden in den Tiefen der Steuerhölle schmoren können. Die Hitze und der Schwefelgestank bei den Debatten sind heute Abend entstanden, wenn eine Seite die andere mit dem Dreizack stupfte oder Öl ins Feuer goss.

Ich habe mir 10 Fragen gestellt, die auch den Stimmbürger interessieren werden. Schnallen Sie sich an und begleiten Sie mich auf der Achterbahnfahrt durch die Steuerhölle.

1. Frage: Wie steht die Stadt Schaffhausen im lokalen Steuerwettbewerb da?

Schauen wir doch mal auf die andere Rheinseite. Für ein Ehepaar mit 2 Kindern und Fr. 100'000.-- Lohn sparte man im 2009 bei einem Umzug von Schaffhausen nach Feuerthalen 7.2% Steuern, nach Flurlingen 9.6% und nach Dachsen 10.7%. Sogar die Stadt Zürich wäre 9.1% günstiger. Möchte man hingegen im Kanton bleiben, ist Thayngen mit minus 8.4% eine Alternative oder Stetten mit satten 17.7% weniger Steuern als Schaffhausen.

Für einen Alleinstehenden mit Fr. 100'000.-- Lohn ist Thayngen oder Stetten gleich attraktiv wie für Familien, die andere Rheinseite jedoch noch viel besser: Feuerthalen minus 20.3%, Flurlingen 22.3% und Dachsen sogar 23.4% Einsparung. Auch die Stadt Zürich mit 22% lohnt sich durchaus.

Kurz gesagt: Wir sind für Familien rund 10% und für Singles 20% zu teuer. Deshalb muss die Stadt Schaffhausen innert 5 Jahren den Steuerfuss 15% senken um bei den Leuten zu sein. Es kann doch nicht sein, dass alle rundherum attraktiver sind – Zentrumslasten hin oder her. Und 3% pro Jahr sind ganz sicher keine unrealistischen Sprünge. Schaffhausen muss sich an diesen finanziell gesunden Gemeinden messen, hier spielt der Wettbewerb, nicht mit dem fernen Schleithelm mit einem Steuerfuss von 124%.

2. Frage: Wie steht die Stadt Schaffhausen im kantonalen Steuerwettbewerb da?

Das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK (Basel) hat im Auftrag des Kantons Zürich die Steuerbelastung der Kantonshauptorte aufwändig tariert verglichen. Der Vergleich wurde Mitte Februar publiziert und basiert auf dem Jahr 2008. Er zeigt folgendes Bild:

- Schaffhausen ist mit Rang 20 von 26 im hintersten Drittel bei den natürlichen Personen und hat 4 Ränge verloren.
- Zürich steht auf Rang 11, Thurgau auf Rang 10, also massiv besser.
- Basel war im Vorjahr ein Rang vor Schaffhausen und hat sich um 8 Ränge verbessert, Graubünden war auf ähnlichem Niveau und hat einen Sprung von 10 Rängen auf Platz 4 geschafft.
- Der Schaffhauser Bock sass also 2008 in den hintersten Wagen des Steuerzuges. Die beschlossenen Gesetzesrevisionen werden uns etwas

verbessern – aber die andern Kantone schlafen auch nicht – erst kürzlich hat zum Beispiel der Kantonsrat Appenzell Innerrhoden (Rang 16) eine weitere Steuergesetzrevision dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Die Stadt als Leuchtturm der Region muss also dringend etwas machen, damit wir im kantonalen Wettbewerb nicht andauernd im hintersten Wagen fahren. Und nebenbei: Alle die verglichenen Hauptorte haben Zentrumslasten – dieses Argument zählt also nicht.

3. Frage: Kann man in der Finanzkrise denn die Steuern überhaupt senken?

Ja, man kann. Das haben diverse Gemeinden gezeigt. Steuerfussenkungen für das Jahr 2010 im Kanton:

- Dörflingen: Von 89 zu 85% (also minus 4%)
- Trasadingen: von 120 zu 117 (also minus 3%)
- Stein am Rhein: von 98 auf 97
- Guntmadingen: von 106 auf 104
- Buch: von 108 auf 99 (das sind 9% in einem Jahr!)
- Kanton Zürich 2009: Flurlingen, Laufen-Uhwiesen und Marthalen haben je 1% reduziert
- Thurgau: Hat fast jedes Jahr eine Steuergesetzrevision und im 2009 haben 30 Gemeinden die Steuern gesenkt und keine einzige hat erhöht. Und unter dem Strich war der Staatssteuerertrag nur leicht rückläufig, denn tiefe Steuern sprechen sich herum und locken Investoren und Zuzüger an.

Schaffhausen hat es hingegen nicht einmal geschafft, ein positives Budget 2010 zu erarbeiten und auch eine Steuerfussenkung wurde vom Stadtparlament abgelehnt. Der Wille zu sparen und damit Schritt für Schritt auf Augenhöhe mit den fitten Gemeinden zu kommen, ist kaum vorhanden. Der Schaffhauser Bock ist dick und träge geworden, und wenn es so weiter geht, muss man ihn auf der Bahre den andern Gemeinden hinterher tragen. Wie andere Gemeinden zeigen, ist auch in der jetzigen Zeit eine Steuerfussreduktion möglich – und Schaffhausen ist kein Sonderfall.

4. Frage: Hat der Stadtrat steuerlich denn nicht schon genug gemacht?

Der SR sagt, dass die Steuerzahler in den letzten Jahren gesamthaft entlastet wurden. Ja, das stimmt. Aber wie wir jetzt gesehen haben, haben alle andern auch entlastet und zum Teil noch viel stärker. Wenn der Schaffhauser Bock in kleinen zögerlichen Schritten vorwärts geht und die andern jedoch traben bis galoppieren, kann er kein Rennen gewinnen. Ausserdem haben die Steuergesetzrevisionen jeweils gezielt gewisse Steuerzahlergruppen wie Familien entlastet. Die Singles aber, die mobilsten von allen, besteuert man am höchsten. Wenn der Kanton hier wenig macht, muss die Stadt über den Steuerfuss schauen, dass sie nicht alle verliert. Und der Steuerfuss ist *das* Instrument, um im Kanton in die vorderen Ränge zu kommen.

5. Frage: Wo kann man denn genau sparen?

Diverse Vorstösse der Jungfreisinnigen haben genau diese Frage beantwortet:

- Postulat Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH: Das Defizit von Fr. 6.5 Mio. kann reduziert werden, wenn zum Beispiel die Linie 8 überarbeitet wird. Mit einem Bus mit durchschnittlich 3 Passagieren ins Mühletal zu fahren ist ganz einfach Steuergeldverschwendung.

- Streichungs- und Reduktionsanträge in der Budgetdebatte 2010:
Tarifsubventionen VBSH rund Fr. 1Mio.
Druck und Versand von Publikationen wie Personalleitbild.
Museen: Defizit: Fr. 2.8 Mio. ist riesig und unnötig.
Stadtheater verschlingt jedes Jahr eine Million.
- Motion Schuldenbremse: Schuldzinsen von Fr. 5.4 Mio. ist zuviel.
- Kleine Anfragen:
Liegenschaftsportfolio und -verwaltung der Stadt kann verbessert werden.
Hier könnte auch genügend Geld für den Ankauf von Objekten und Bauland verflüssigt werden.
Geschenke der Stadt an Nahestehende sind unnötig.
Übermässige Behördenpropaganda kostet auch.
- Weitere Ratsgeschäfte: Diverse Sparanträge wurden gestellt oder unterstützt, bei der Schule für Haushalt und Lebensgestaltung, den Sitzungsgelderhöhung, den geleiteten Schulen, den Trolleybussen et cetera. Allgemein bekannte Bereiche: Steuerverwaltung mit Kanton zusammenlegen (Fr. 1 Mio. Einsparung), Verzicht auf Luxusbauprojekte, die Unterhalt verursachen (Parkleitsystem, Freier Platz). Mangelnde Ideen kann man uns nicht vorwerfen.

Leider ist aber der Sparwille des Stadtrates und der Mehrheit des Grossstadtrates kaum vorhanden. Man sinniert lieber, wo man noch etwas Luxus und Komfort haben könnte, damit man mit einem schönen Föteli in der Zeitung kommt. Und all die kleinen Beträge, die einzeln nicht so sehr ins Gewicht fallen, summieren sich leider zu einer grossen Kröte, die der Steuerzahler jedes Jahr herunterwürgen muss.

6. Frage: Wie kann man denn sparen?

Bei einer grossen Unternehmung - wie bei meinem Arbeitgeber - gibt es einen pauschalen Auftrag an alle Abteilungen, beispielsweise die Kosten um 10% zu senken. Dann erstellt jede Abteilung eine Liste von Vorschlägen mit dem Einsparungseffekt und den Auswirkungen auf das Geschäft. Manche Vorschläge verändern die Prozesse und machen sie schneller und schlanker, andere Sparen bei unnötigen Ausgaben, es wird auch ein Teilbereich abgebaut, der nicht zum Kerngeschäft gehört.

Kurz gesagt, das Ziel kommt von oben und die Ideen von unten, und es werden die Ideen kommen, die am besten funktionieren, beziehungsweise am wenigsten schmerzen, denn niemand würde dem Management Trotzanschläge machen, wenn er seinen Job noch behalten will. Zusätzlich gibt es strategische Entscheide, gewisse Bereiche auf- oder abzubauen.

Bei der Stadt läuft es oft genau umgekehrt. Sparvorschläge und Leistungskürzungen müssen von Aussen kommen und dann geht das Geheul los: Die Kernbereiche werden als Illustration genommen und in einem emotionalen Licht geschildert, im Stil von Urs Tanner: Es kann nicht mehr Essen in den Altersheimen eingekauft werden oder die Schulen werden geschlossen.

Solange aber Geld für einen unbrauchbaren Unterstand auf dem Munot Sportplatz für Fr. 172'000.-- gebaut werden kann, solange die Stadt das Pensum vom Kulturbefragten über die Jahre erhöht und dann einen neuen anstellt, der in

seinem Antrittsvotum in der Presse sagt, dass das Stadttheater keinesfalls billiger werden darf. So lange ist das unglaublich, dass man in den Kernbereichen sparen muss. Bei all dem scheinen der Stadtrat und der GrSR manchmal zu vergessen, dass sie dem Volk dienen sollten und nicht sich selber oder der Verwaltung ein schöneres Leben ermöglichen müssen.

7. Frage: Der Stadtrat meint, dass man nicht mehr sparen kann. Stimmt das?

Nein. Schauen wir doch mal ins Budget 2010. Der Gesamtaufwand der Stadt beträgt Fr. 215 Mio. Die Einsparung gemäss Initiative wäre also nur 1.4% pro Jahr. Wenn man nur den Personal- und Sachaufwand berücksichtigt, also Fr. 130 Mio., sind es gerade mal 2.3%. Soviel muss im Durchschnitt gespart werden. Selbst wenn das nicht in allen Bereichen davon möglich ist, kann doch niemand sagen, dass man in andern nicht 5% einsparen kann, wenn man nur will.

- Leistungen können fast immer effizienter erbracht werden. Das gilt insbesondere auch für die von übergeordnetem Recht bestimmten Bereiche, denn wie die Administration organisiert sein muss, ist sicher nicht im Detail vorgeschrieben.
- Es ist nicht immer das Neueste oder die höchste Qualität notwendig. Auf gewisse Leistungen kann man auch verzichten, wenn sie zu teuer sind, nicht zum Kernbereich des Staates gehören oder von Privaten erbracht werden können. Das alles gilt zum Beispiel auch für den Kultur-, oder Forstbereich, für den Stadtökologen, die Rebberge der Stadt, für die öffentlichen Toiletten et cetera. Ich bin gespannt auf die Vorlage des Stadtrates, wie dies weiter gehen soll.
- In den guten Jahren wurde der Steuerfuss nicht wirklich gesenkt – es gab also zu viel Geld, das dann auch ausgegeben wurde. Ein Sparauftrag zwingt die Stadt, diesen Fettgürtel wieder wegzutrainieren und tiefere Steuern locken Zuzüger an, halten unzufriedene vom Wegzug ab und sind auch für alle andern wichtig, damit sie das Geld privat investieren können. Zum Beispiel die Budgetposition "Hilfsaktionen im In- und Ausland Fr. 100'000.--", um eine Abwasserversorgung im Kanton Jura zu sponsern, bringt niemanden nach Schaffhausen und dient einzig dem Stadtrat dazu als Wohltäter aufzutreten.
- Lieber fiebriger Urs Tanner, zur Partnerstadt von Schaffhausen, Sindelfingen (heute in der Zeitung im SP-Statement): Das Wasser vom Hallenbad ist anscheinend wieder von frostigen 25 auf 26 Grad hoch geheizt und die Schule wurde nicht geschlossen. All das ist aber passiert, weil während ein paar Jahren grosse Steuereinnahmen gekommen sind und die Stadt völlig über die Verhältnisse gelebt hat. Genau das wollen wir in Schaffhausen verhindern. Im Internet habe ich einen Kommentar zu Sindelfingens Situation gelesen: Marmorner Zebrastreifen, pompöse Gebäude, Hochmut kommt vor dem Fall, Sindelfingen ist überall.

8. Frage: Warum braucht es eine Volksabstimmung zu diesem Thema?

Der Stadtrat und die Mehrheit des GrSR wollen oder können nicht sparen. Deshalb muss nun das Volk endlich zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen können. Denn das Volk muss am Schluss mit dem Service der Stadt leben und die Rechnung bezahlen. Und glauben Sie mir, die Bewohner der Stadt wissen genau, dass man etwas sparen kann, damit die Steuern auf ein erträgliches Mass reduziert werden.

9. Frage: Warum reagieren Stadtrat und einige Grossstadträte so gereizt auf das Thema „Sparen“?

Ganz einfach, weil sie es entweder nicht können oder Angst haben, jemandem weh zu tun und deshalb die Finger davon lassen. Fremdes Geld ausgeben ist ja viel angenehmer. Ein polnisches Sprichwort sagt: Wenn du dir Bier leisten kannst, trink Wasser. Wenn du dir Wein leisten kannst, trink Bier. Hier drin wollen aber einige Leute sinngemäss immer nur Champagner auf Staatskosten trinken - und am liebsten im Geheimen, damit es das Volk nicht merkt. Wenn man Transparenz in diese Luxuskultur bringt, liegen die Nerven blank. Denn die Stadträte möchten ja ihre Gratistickets für Theater und Bus im Stillen geniessen können, und der Stadtpräsident schätzt es gar nicht, dass jeder Bürger weiss, dass er zu den Bestverdienenden in seiner Branche gehört.

Wir Jungfreisinnigen wurden gewählt, weil wir Steuern sparen wollen und kompromisslos offen legen, wo etwas nicht stimmt. Dabei handeln wir im Sinne der Steuerzahler und schonen auch unsere Parteifreunde nicht. Wenn nicht gespart wird, sagen wir es immer und immer wieder, solange es nötig ist. Ob das nervt, ist uns egal.

10. Frage: Was ist in diesem Couvert?

Sie werden es gleich sehen, ich schenke diesen Gruss vom Karneval in Brasilien, wo es fast so heiss wie in der Steuerhölle war, dem Chef der Steuerhölle. “

Katrin Huber Ott (SP)

Votum

”Grundsätzlich müssten wir an dieser Stelle als Erstes über die Ausstandsklausel diskutieren. Wer hier drin Steuern zahlt, ist direkt betroffen und würde als solches persönlich davon profitieren. Das müsste eigentlich ein Grund sein, um in den Ausstand zu treten.

Im Ernst, ich bezahle gerne Steuern. Denn das ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass ich, zusammen mit meinem Mann, genug verdiene, um den Lebensunterhalt für unsere Familie selbst zu bestreiten. In der heutigen Zeit leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Als Familienfrau realisiere ich auch täglich, wofür unsere Steuergelder eingesetzt werden: Ich schätze es, dass gerade in diesem Winter selbst die Quartierstrassen zuverlässig vom Schnee befreit werden. Pünktlich wie eine Schweizer Uhr wird jede Woche der schwarze und grüne Kehricht abgeholt und verschont uns vor Zuständen mit stinkenden Abfallbergen wie jüngst in Neapel. Selbst Karton und Altmetall werden vor der Haustüre abgeholt.

Vor einigen Jahren, mit Kleinkindern und Kinderwagen, war ich erleichtert, dass die Flotte der VBSH mit Niederflurbussen ausgerüstet wurde, damit ich nicht ständig andere Leute um Hilfe bitten musste, nur um den Bus zu besteigen. Ich schätze die saubere Altstadt und freue mich jetzt schon auf die vielen farbig bepflanzten Pflanztröge der Stadtgärtnerei in und um die Stadt. Sie zeigen, dass wir in einer farbigen und lebendigen Stadt leben. Ich benütze regelmässig die Bibliothek Agnesenschütte und mache meinen Kindern damit eine Riesenfreude, wenn sie gratis Medien und Bücher ausleihen können. Mit einer Leseratte zu Hause würde das Bücher kaufen ganz schön ins Geld gehen. Als Vereinssportlerin profitiere ich davon, dass die Stadt den Vereinen unter der Woche ihre Sporthallen gratis für Trainings zur Verfügung stellt, das entlastet die Vereinskassen enorm.

Selbstverständlich ist die Liste nicht abschliessend und kann beliebig erweitert

werden und selbstverständlich kann man auf all das Aufgezählte verzichten, entsprechende Gebühren verlangen oder sich einschränken, aber gerade diese Details machen eine Stadt wie Schaffhausen attraktiv, vielseitig und lebenswert.

Der Stadtrat hat in den letzten Jahren bewiesen, dass er gewissenhaft mit dem Thema Steuern umgeht. Er hat nachweislich Steuern kontinuierlich im Rahmen des Möglichen gesenkt, und ich bin überzeugt, er macht dies auch weiterhin.

Liebe jungen Initianten, die ihr morgens früh auf den Zug hetzt, um den Tag an der Arbeit in Zürich zu verbringen und erst spät abends wieder nach Schaffhausen zurückkehrt, es ist mir klar, dass ihr nicht wirklich in dieser Stadt lebt, da kann man getrost gegen all die Annehmlichkeiten wettern und Steuern senken wollen. Mein Tipp an euch Junge, heiratet und setzt Kinder in die Welt, dann könnt ihr einerseits steuerlich vom Kinderabzug und Verheiratenstatus profitieren, und andererseits kommt ihr dann hoffentlich auf andere Gedanken, als solch unsinnige Initiativen zu kreieren und lernt endlich auch das wirkliche Leben kennen und schätzen. “

Ernst Spengler (SVP)

Votum

”Um es gleich vorweg zu nehmen und damit keine falschen Vermutungen aufkommen - ich werde dieser Initiative nicht zustimmen. Die Jungen haben natürlich in ihrem jugendlichen Übermut ganz nach dem Motto gehandelt “Man muss den Bengel weit genug werfen, zurücknehmen kann man ihn wieder, aber nicht nochmals “auflesen” und weiter werfen”. Etwas möchte ich jedoch korrigieren: Der Stadtrat brüstet sich damit, dass er in den letzten Jahren den Steuerfuss gesenkt hat. Es ist höchste Zeit, dieses Märchen zu vergessen. Ich bin wahrscheinlich der amtsälteste Parlamentarier in diesem Saal und habe mehrfach das “Zettermordio” der Exekutive erlebt, wenn von der rechten Ratsseite Steuersenkungen verlangt wurden. Unverantwortlich war jeweils ein schmeichelhafter Begriff für uns. Wurde trotzdem eine Steuersenkung beschlossen, trat das heraufbeschworene Horrorszenario nicht ein. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Schön, dass wir noch nicht ganz unter uns sind - es sind immerhin noch 3 Stadträte anwesend.

Mit der Volksinitiative „Steuerbelastung senken! Jetzt“ – ich betone speziell *Volksinitiative* - haben die Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen einen mutigen politischen Vorstoss vorgelegt. Ihre Initiative, den Verwaltungsaufwand in den nächsten fünf Jahren in einem solchen Umfang zu senken, dass der Steuerfuss um mindestens 15 Prozentpunkte gesenkt werden kann, geht in die richtige Richtung. Im Interesse der Steuerzahler, im Wettbewerb der Standorte und zur Ansiedlung neuer Unternehmen muss man die Vorlage unterstützen.

Mutig ist der Vorstoss auch deshalb, weil sich die Jungfreisinnigen von stadträtlicher Seite und von undifferenzierten linken und rechten Leserbriefschreibern in ihrer politischen Ausrichtung nicht beirren lassen. Die Jungfreisinnigen halten bis heute ihre im Herbst 2008 gemachten Wahlversprechen kompromisslos. Die Jungen benutzen den Begriff Steuerhölle, sie können ja nicht vom Steuerparadies sprechen.

Anstatt zu sagen, dies sei geschäftsschädigend, so sagen Sie doch wenigstens, es sei imageschädigend. Wenn Sie geschäftsschädigend sagen, bekommt man ja das

Gefühl, Sie seien Geschäftsführer dieser Stadt. Wären Sie Geschäftsführer, hätten Sie mit der in den letzten Jahren gezeigten Bilanz keine Kredite in den Banken erhalten. Sie hätten dann jedes Jahr von neuem versuchen müssen, 6% Gewinn vom Umsatz zu machen. Hören Sie doch damit auf, immer so mimosenhaft zu sein.

Diese Volksinitiative zwingt unmissverständlich den Stadtrat, klare finanzpolitische Ziele zu setzen und einen umfassenden Massnahmenkatalog zur Erreichung der Forderungen dieser Vorlage auszuarbeiten. Das verlangt vom Stadtrat mit seinem Präsidenten, der zurzeit allerdings nicht hier ist, aber auch von uns Volksvertretern, Führerschaft, Durchstehvermögen, Mut zur Unpopularität und Knochenarbeit. Dies wird der Preis des künftigen Wohlstandes sein.

Geschätzte Damen und Herren, was wurde politisch von mehrheitlich bürgerlicher Seite in den letzten Jahren doch alles zur Kostensenkung der Verwaltung versucht? Der Stadtrat jedoch weigert sich oder ist einfach nicht fähig, darauf einzugehen und Strategien zu entwickeln. Ich erinnere Sie gerne an folgende Beispiele:

Motion vom 15. Januar 2002 (also vor 8 Jahren), eingereicht im Namen der Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP und SVP/EDU und erheblich erklärt, mit folgenden Zielen:

- Möglichkeit zur weiteren Senkung der Steuerlast,
- Massnahmen zur Verhinderung der Neuverschuldung,
- Vorgehen beim Abbau der ungedeckten Schuld,
- Strukturreform der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Verwaltungskosten in der Grössenordnung von 10% zu reduzieren.

Bis heute wurde vom Stadtrat nichts unternommen. Sieht man vom Versuch des Stadtrates ab, diese erheblich erklärte Motion mit der Vorlage des Stadtrates vom 13. September 2005 „Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)“ elegant abzuschreiben, was ja bekanntlich nicht gelungen ist. Es war gerade der 2. Vizepräsident, der sich damals vehement dafür einsetzte, dass die Motion Wullschleger auch weiterhin in der Pendenzenliste des Stadtrates bleibt. Lesen Sie dazu das Protokoll von der Ratssitzung Nr. 7, datiert 9. Mai 2006. Im Übrigen werden Sie feststellen, dass wir heute wieder vor einer ähnlichen Diskussion stehen. Einmal mehr stelle ich fest, dass sich auch der neu besetzte Stadtrat einfach sträubt, Sanierungsmassnahmen zu ergreifen. Der 2. Vizepräsident will einen Gegenvorschlag und die Motion Wullschleger abschreiben.

Ich erinnere an die Motion von Grossstadtrat Edgar Zehnder vom 1. November 2004 „Einsparungen nicht auf dem Buckel des Personals“, in der er das Personal während 5 Jahren um jährlich 1% abbauen wollte. Edgar Zehnder beklagte sich zu Recht später in einem Leserbrief über die fehlende Unterstützung des Stadtrates und des Parlaments. Interessant war in seinem Leserbrief die Aussage (Zitat): *„Wie tief muss die Stadt Schaffhausen noch sinken, bis auch wir begreifen, dass eine kleine Stadt auch eine kleine und schlanke Verwaltung braucht und sich auch nichts anderes leisten sollte“*. Wie Recht er doch hatte und seine damalige Aussage hat auch heute noch ihre Gültigkeit.

Ich erinnere an die Medienmitteilung des Kantons Schaffhausen vom 5. November 2003 unter dem Titel „Der Staatshaushalt muss weiter entlastet werden“. Hier war eine Arbeitsgruppe tätig, in der auch ein Vertreter der Stadt Einsitz hatte. Die Arbeitsgruppe hatte sich zum Ziel gesetzt, Massnahmen zu erarbeiten, wie der

Staatshaushalt des Kantons in den nächsten zehn Jahren kontinuierlich um rund Fr. 30 Mio. jährlich wiederkehrend verbessert werden kann. Das sind Fr. 300 Mio. in 10 Jahren. Ich frage Sie, meine Dame und Herren Stadträte, konnten Sie von dieser Arbeitsgruppe nicht profitieren? Es war doch ein Vertreter der Stadt in dieser Arbeitsgruppe.

Erinnern wir uns auch an die Abstimmung vom 27. Februar 2005, als das Volk über das Budget 2005 abstimmen musste. Lanciert wurde das Budgetreferendum von der JSVP. Auch dazumal waren die Jungen mit der Finanzpolitik des Stadtrates nicht zufrieden.

Herr Stadtpräsident Feurer, Sie sitzen heute ja oben am Tisch, lesen Sie mit ihrem Team nochmals die Stadtratsprotokolle vom 25. Mai 2004, Seite 338 - 342, das Protokoll vom 15. Juni 2004, Seite 372 - 379, und das Protokoll vom 4. Dezember 2007, Seite 952 - 955. Sie müssen mir dann Recht geben, dass der Stadtrat auf Empfehlung des externen Beraters eigentlich alles richtig machen wollte. Nur hatte der damalige Stadtrat nicht den Mut zur Umsetzung. Ihre damalige Mutlosigkeit rächt sich heute. Meine Damen und Herren, gerne würde ich mehr zu diesen Stadtratprotokollen sagen, das können Sie mir glauben.

Im Rahmen der Behandlung des Finanzplanes 2007 - 2010 startete der Stadtrat Ende November 2006 das Projekt Optimierungspotenzial (OPTI). Dieses Papier wurde im Wahlkampf dem Wähler sehr gerne als das Gelbe vom Ei verkauft. Ich zitiere aus der Wahlzeitung von Urs Hunziker, Stichwort Finanzpolitik der Stadt Schaffhausen: *"Wir haben in der Stadt Schaffhausen ein nicht unbedeutendes strukturelles Defizit. Diesem gilt es, mit Sparmassnahmen entgegenzuwirken. Eine Arbeitsgruppe, in der ich mitarbeite, hat dem Stadtrat einen breiten Fächer von Sparvorschlägen unterbreitet. Diese enthalten nicht den grossen Wurf, mit dem wir uns finanziell entlasten können, sondern bestehen aus einer Vielzahl von realen Möglichkeiten, die einzeln geprüft werden müssen. Ich werde mich vehement dafür einsetzen, dass möglichst viele unserer Vorschläge umgesetzt werden, damit Voraussetzungen für dringend notwendige Steuersenkungen geschaffen werden können. Die Stadt darf bei dieser Gelegenheit ruhig auch einmal den Kanton zum Vorbild nehmen, dessen Sparpakete Wirkung gezeigt haben".*

Was ist aus diesem Projekt geworden? Der einzig grosse Wurf war, dass der Stadtrat die Gebühren für die Bootspfähle massiv erhöhte, und dann war Schluss. Das Projekt wurde gemäss dem Finanzreferenten stillgelegt und ein neues ins Leben gerufen, nämlich OPTI+. Immerhin hatte Stadtrat Urs Hunziker die Zeichen der Zeit erkannt und als erste Massnahme zur Kosteneinsparung die beiden Altersheime Wiesli und Steig unter eine Leitung gestellt.

Ich stelle mir die Frage, ob der Stadtrat eigentlich weiss, was für Projekte und wie viele er in der Verwaltung in Bearbeitung hat?

Am 28. Oktober 2008 überwies der Grosse Stadtrat das Postulat „Controlling-Prozesse betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der Bürokratie“. Bis heute herrscht Totenstille seitens des Stadtrates.

Sie sehen an Hand der wenigen Beispiele, dass ich Ihnen aus meiner seit April 1996 (mit kurzem Unterbruch) dauernden Ratstätigkeit weitere gescheiterte stadträtliche Sparbemühungsbeispiele nennen könnte. Der Stadtrat will nicht oder er ist nicht fähig

dazu, Massnahmen zu ergreifen, die den Stadthaushalt nachhaltig sanieren. Es ist unbestritten, sollte das Volk diese Vorlage gut heissen, so wird dies ein schmerzhafter Prozess werden. Verantwortlich dafür ist einzig und allein der Stadtrat. Jedoch der Prozess ist nötiger denn je. Dem Stadtrat ist es in den vergangenen 8 Jahren nicht gelungen, greifende Vorschläge dem Parlament zu unterbreiten, die den Haushalt sanieren. Es ist höchste Zeit, dass der Stadtrat eine klare Strategie aufzeigt, hier ein Projekt, da ein Projekt, um uns Parlamentarier ruhig zu stellen, dies kann doch nicht die Lösung für die Zukunft sein.

Betrachten wir einzelne Punkte in der vom Stadtrat vorgelegten Vorlage:

Schon unter Punkt 2.2.1 frage ich mich, ob der Stadtrat eigentlich nicht weiss, beziehungsweise nicht wissen will, was der Begriff Verwaltungsaufwand bedeuten soll. Es geht doch hier nicht nur um den Personalaufwand und den Sachaufwand der Laufenden Rechnung. Sie müssen doch bei einer Sanierung die Gesamtheit der Verwaltungsträger, Verwaltungsorgane und sonstigen Verwaltungseinrichtungen ansehen und überprüfen, das heisst in unserem Fall die ganze Sachgruppengliederung der Laufenden Rechnung. Für Kosteneinsparungen müssen Sie den jährlichen Aufwand untersuchen, in diesem Bereich haben wir den Personal- und Sachaufwand. Wir haben jedoch auch in der Laufenden Rechnung das Konto Erträge und nicht zuletzt das Hauptkonto Investitionsrechnung.

In der Vorlage unter Punkt 3.1.3 lesen wir, dass bei einer Annahme der Vorlage mit einem Stellenabbau von rund 150 Vollzeitstellen gerechnet werden muss. Wenn man dieses Schreckenszenario des Stadtrates so durchziehen würde, so könnte man auf einen Schlag ungefähr Fr. 11 Mio. einsparen. Jedoch, meine Damen und Herren, so eine Rosskur will doch niemand in diesem Saal, nicht einmal die Initianten. Es gibt doch bei Einsparungen im Personalbereich ganz andere Möglichkeiten, so zum Beispiel Zusammenlegungen verschiedener Abteilungen, wie Stadtbibliothek mit dem Stadtarchiv, Integration des Stadtökologen in die Abteilung Planung und so weiter. Man kann Privilegien abbauen, wie Beitrag für Reka-Check von Fr. 180'000.-- jährlich. Der Stadtrat müsste diese Position gar nicht zwingend budgetieren. Streichung der Stundenfreistellung für Mitarbeiter, wenn sie ein öffentliches Mandat innehaben. Wenn der Stadtrat Angst hat, dass der Service public nicht mehr gewährleistet sei, so erhöhen Sie doch die wöchentliche Arbeitszeit um 2 Stunden, und Sie können unzählige Dienstleistungen auch bei einem Personalsrückgang dem Bürger weiter gewährleisten. Dass solche Massnahmen nicht populär sind, ist mir auch klar. Aber ich habe vor Jahren den Stadtrat davor gewarnt, dass, wenn er die Personalkosten nicht senken wird, früher oder später einschneidende Massnahmen umso schmerzlicher sein werden.

Zusammenfassend, wo der Hebel endlich angesetzt werden sollte und angesetzt werden muss, sollte die Vorlage vom Volk angenommen werden, sind folgende Hauptelemente:

- Wo sinnvoll und politisch erwünscht, sollen Fusionsbestrebungen von Abteilungen und Gemeinden vorangetrieben werden.
- Verwaltungsinterne Massnahmen zur Steigerung der Effizienz in der Verwaltung sind konsequent umzusetzen.
- Rationalisierungen und Reorganisationen sind unerlässlich.
- Staatliche Leistungen müssen sich den veränderten Bedürfnissen anpassen.
- Dem Wildwuchs an neuen Aufgaben für die Verwaltung sowie Ausgabensündenfälle ist Einhalt zu gebieten.

- Dazu braucht es ein modernes Controllinginstrument, das diesen Namen auch verdient. Die Controllingabteilung war einmal bei der Finanzreferentin, jetzt ist sie beim Stadtpräsidenten.
- Leistungsaufträge und Budget und der Aufbau interner Kostenverrechnungen sind voranzutreiben.
- Für gewisse Bereiche der Verwaltung ist ein kontrolliertes, schrittweises Outsourcing mit Wettbewerbselementen zu prüfen.
- Entscheidend für eine effiziente und schlanke Verwaltung (Qualität statt Quantität) ist schliesslich die Personalpolitik. Die Anstellungsverhältnisse der städtischen Angestellten müssen auf allen Ebenen, jedoch insbesondere beim Kader, der Privatwirtschaft angenähert werden.
- Von Bereichsleitern, beziehungsweise Kader mit Budgetverantwortung, ist auf das Erreichen von Budgetzielen grosse Aufmerksamkeit zu richten. Budgetüberschreitungen oder zu hohe Budgetierungen sind mit geeigneten Mitteln zu begegnen. Hier schliesse ich Kündigungen nicht aus.
- Gutachtertätigkeiten von Externen für die Verwaltung sind nur im äussersten Bedarf zu bewilligen. Doppelspurigkeiten zwischen den verschiedenen Abteilungen und Ämtern sind abzubauen.

Stimmen Sie der Vorlage zu, und das Volk soll entscheiden, ob es dieser Vorlage zustimmen will. Wenn Sie nicht zustimmen, wird dies in Zukunft zu Höherschuldungen führen und damit sind neue Belastungen von zukünftigen Generationen vorprogrammiert. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum

”Ich möchte Ihnen beliebt machen, auf den von Dr. Raphaël Rohner gemachten Gegenvorschlag einzutreten, und dies aus folgenden vier Gründen:

Auch ich bin - wie Ernst Spengler - seit 1976 in diesem Rat, allerdings mit zwei Jahren Denkpause vom Landesring zur FDP. Obwohl der SR in den letzten 20 bis 30 Jahren viel gemacht hat, um die Steuern zu senken, ist diese Initiative mit den verlangten 15 Steuerprozenten zu hoch und verlangt zu viel.

Obwohl die Motion Wullschleger überwiesen wurde, passierte nichts. Wir haben uns zwar einmal anlässlich einer Budgetdebatte gegen Aufträge an Dritte gewehrt und im Ratssaal eine Rossskur (Senkung von 10%) gemacht, trotzdem geht diese Position weiter in die Höhe, nicht nur in der Stadt, auch beim Kanton. Es scheint langsam in Mode zu kommen, dass - wenn man Spitzenpositionen nicht mehr besetzen, beziehungsweise ersetzen will und zu viel Arbeit hat - Pensionierte zu Honorarkonsulen gemacht werden, die mit Aufträgen an Dritte bezahlt werden, und zwar geschieht dies im städtischen wie im kantonalen Bauamt. Solange solche Sachen laufen, werden weiterhin Initiativen lanciert. Ich habe der Motion Wullschleger zugestimmt und mich gegen Aufträge an Dritte zur Wehr gesetzt, weil ich will, dass etwas dagegen unternommen wird. Also müsste ich dieser Initiative zustimmen, zumal ich die Motion Wullschleger nicht beerdigen will und die Angelegenheit Aufträge an Dritte ebenfalls nicht.

Wenn ich jetzt aber gegen die Initiative aufstehe, mache ich dies eben, und das will ich nicht. Also möchte ich einen sinnvollen Gegenvorschlag. Sie alle wissen, dass die Stadt seit Einreichen der Initiative bis heute schon einiges gemacht hat. Da könnten bereits 3-4% von den geforderten 15% reduziert werden. Die Motion Wullschleger könnte gemäss Vorschlag von Dr. Raphaël Rohner in den Gegenvorschlag

“eingepackt” werden und damit endlich abgeschrieben werden. Man könnte dem Volk einen Gegenvorschlag zur Initiative präsentieren, unabhängig davon, ob die Initianten diese zurückziehen. Das Volk soll über diesen Unsinn entscheiden, so wurde es auf eidgenössischer Ebene vor einigen Monaten schon einmal gesagt - und was passierte mit der Initiative? Sie wurde angenommen, und das grosse Wehklagen begann. Ich gebe zu, ich habe dieser Initiative auch zugestimmt, aber ich klage jetzt auch nicht. Dort haben die Gegner verlangt, dass über diesen Unsinn abgestimmt werden soll, in der Hoffnung, sie werde abgelehnt. Weit gefehlt, sie wurde angenommen - und davor habe ich Angst. Deshalb bin ich für einen sinnvollen Gegenvorschlag, den eine Kommission ausarbeiten würde. Ob dann die Initianten ihre Initiative zurückziehen oder nicht - aber wir könnten in der Volksabstimmung etwas präsentieren, das wir selbst erarbeitet haben und nicht nur das Volk über diesen Unsinn abstimmen lassen. Das ist zu gefährlich. Bitte stimmen Sie deshalb einem Gegenvorschlag zu. “

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

“Ich stand der Initiative anfangs kritisch gegenüber und möchte Ihnen meine Gründe darlegen, warum ich jetzt der Initiative ohne Gegenvorschlag zustimmen werde. Und zwar habe ich das Interview mit dem Stadtpräsidenten in den Schaffhauser Nachrichten gelesen. Der Stadtpräsident hat erklärt, dass er alljährlich und aus Spargründen das Rohbudget um Fr. 8-12 Mio. kürzen müsse. Sie können mir glauben, dass ein Stadtrat, der führt und ein Rohbudget um einen derart namhaften Betrag kürzen muss, nicht die richtigen Vorgaben gibt. Das Budget muss dementsprechend für die Mitarbeitenden immer noch ein Wunschkatalog sein, in dem sie alles aufschreiben, was sie gerne haben, und dann geht der Stadtrat mit dem Rotstift an die Kürzungsarbeit. So kann man nicht führen. Ich hätte gerne einen Stadtrat, der sagt, er habe so gute Mitarbeitende, dass er ihnen sogar sagen müsse, sie könnten etwas mehr ausgeben wie sie selbst wollen. Dann wird geführt, und darum stimme ich der Initiative zu, denn ein Wink vom Volk ist dringend nötig, dass in dieser Stadt endlich einmal die richtigen Vorgaben gemacht werden. “

Simon Stocker (AL)**Votum**

“Ich werde mein Votum ebenfalls kürzen. Zu Beginn dieser Amtsperiode war ich sehr hoffnungsvoll, waren doch auch junge bürgerliche Kräfte in diesen Rat gewählt worden. Frischen Wind, neue Ideen und vor allem eine konstruktive Politik habe ich erwartet, weg vom Blockdenken, weg von Ideologien und vor allem vom sturen Parteibüchlidendenken.

Die Realität der heutigen Debatte hat mich jäh eingeholt. Diese Initiative ist - auf den Punkt gebracht - pure Ideologie. Dazu kommt - und dies scheinen die Initianten mit Walter Hotz gemeinsam zu haben - ein Feldzug gegen die Stadt und den Stadtrat. Ich finde diese Initiative einen gefährlichen Marketing Gag. Bitte sagen Sie doch einmal wo und welche Stellen abgebaut werden sollen, und sagen Sie der Bevölkerung auch, welche Leistungen gekürzt werden. Es ist relativ einfach, Sie müssen einfach mitteilen, dass die Gebühren aller Ämter massiv erhöht werden, kürzere Öffnungszeiten, erhöhte Preise in Bibliotheken und Theater und Museum zu erwarten sind und mit weiteren Leistungseinbussen, beispielsweise bei den Sozialleistungen, gerechnet werden muss. Dass Sie dazu keinen Mumm haben, ist mir völlig klar. Keiner spielt gerne den Hiob. Ich bin weiterhin der Meinung, dass Kommunalpolitik massiv gemacht werden muss, wie dies bisher geschah.

Eine solche ideologische Knallbombe hat meiner Meinung nach keinen Platz in unserem Parlament. “

Christine Thommen (FDP)**Votum**

”Der Begriff Teilzeitbürgerliche hat mich auf den Plan gerufen, obwohl ich eigentlich nichts sagen wollte. Wenn in diesem Saal die selbst bezeichneten echten Bürgerlichen unter bürgerlicher Politik eine völlig verantwortungslose Finanzpolitik verstanden haben wollen, betrachte ich es als Kompliment, als Teilzeitbürgerliche bezeichnet zu werden. Denn eine verantwortungslose Finanzpolitik ist nicht das, was ich mir unter bürgerlicher Politik vorstelle. Was diese Volksinitiative will, das ist eben verantwortungslose Finanzpolitik. Der SR hat solche mit der Initiative verbundenen Sparmassnahmen fundiert dargelegt. Das wird ihm jetzt auch noch zum Vorwurf gemacht, ohne ihm auch nur annähernd darzulegen, wo denn was konkret mit welchen Folgen gespart werden könne. Dabei fragt sich, wer eigentlich die Beweislast trägt. Ich hätte erwartet, dass uns von den Verfechtern dieser Initiative plausible Vorschläge unterbreitet werden, und zwar auch unter Berücksichtigung der unabänderlichen Herausforderungen, die auf diese Stadt zukommen. Dies war vielleicht naiv von mir, es zu vermuten, zumal nichts dergleichen geschehen ist. Einfach nur zu allem Nein zu sagen und nichts mehr in die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu investieren, ist für mich kein Konzept, sondern blosser Leier. So wird meiner Meinung nach eine verantwortungslose Schaufensterpolitik betrieben. Das hat für mich nichts mit bürgerlicher Politik zu tun, und deshalb lehne ich die Initiative klar ab. Dem von Dr. Raphaël Rohner erläuterten Gegenvorschlag kann ich zustimmen, denn er entspricht meinem Verständnis von bürgerlicher Politik. “

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

”Ich muss drei Schlägern etwas sagen: Den Rundumschlägern, den Wullschleglern und den Gegenvorschlägern. Die Aussagen betreffend gelangweilte Sozialarbeiter, die vom Rundumschläger Daniel Preisig so ganz nebenbei gemacht wurden, haben mich betroffen gemacht. Diese Leute im Sozialamt bearbeiten mehr als 100 Fälle pro Jahr, das ist Knochenarbeit für Leute, die Hilfe benötigen. Es gibt immer und überall sehr gute und vielleicht weniger gute Leute, trotzdem war die Bemerkung ein wirklicher Tiefschlag.

Zum Wullschleger: Die Motion Wullschleger wird immer wieder ins Feld geführt, sie sei irgendwie auf der Strecke geblieben und versenkt worden. Der SR hat schon lange eine Strategie eingeschlagen und gesagt, jegliche Gewinne werden gerecht und dreiseitig investiert, in nachhaltige zukunftsgerichtete Investitionen, in Steuerentlastungen und Schuldenabbau. Alle drei Segmente werden berücksichtigt, das ist kein Witz, sondern wurde von der Motion Wullschleger bewirkt.

Zu den Gegenvorschlägern möchte ich sagen: Ich habe mich so sehr über das Lob von Dr. Raphaël Rohner gefreut, dass ich beinahe einen Ordnungsruf lanciert hätte, mit der Bitte, dieses Lob am Parteiengespräch am 26. Februar 2010 auszusprechen. Aber dann kam die Kehrwende, die FDP will einen Gegenvorschlag. Ich bitte nochmals alle Gegenvorschläger, haltet inne und überlegt euch nochmals bewusst, wohin das führt. Wenn der SR sagt, der Spielraum sei nicht so gross, dann ist das keine Schaumschlägerei. Einen kleinen Spielraum gibt es bestimmt, aber nicht für wiederkehrend Fr. 15 Mio. Denken Sie daran, der Stadtrat hat zusammen mit der Kantonsregierung eine Steuerstrategie, die er auch längerfristig voranbringen will.

Wenn wir nun den Jungfreisinnigen auf den Leim kriechen und, wie Finanzberater sagen, schlechtem Geld gutes nachwerfen, führt dies zu nichts - wir werden keinen klugen Gegenvorschlag finden. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

”Wir haben heute Abend gehört, in der Privatwirtschaft sind Zahlen wie 1,6% Reduktion alltäglich, wir haben auch gehört, bei der Stadt sei dies unmöglich. In der Privatwirtschaft ist es auch nicht einfach möglich, Leute zu entlassen. Personalreduktion hat gleichzeitig auch eine massive Umstrukturierung zur Folge. Dabei wird leider oft weniger als beim Staat auf Empfindlichkeiten und persönliche Schicksale der Angestellten Rücksicht genommen. Trotz Sozialplänen bleiben leider immer öfter jüngere und schwächere Bürger auf der Strecke.

Ich war heute bei einem Zürcher Schuhproduzenten, grosse alte Gebäudekomplexe aus dem letzten Jahrhundert säumen das heutige Verwaltungsgebäude dieser Firma. Früher wurden die Schuhe dort produziert, heute beschränkt sich der Konzern auf den Handel mit edlen Lederschuh. Die Firma und das jetzige Personal leben auch nicht schlechter. Es wurden klar Stellen gestrichen, es wurden aber auch Strukturen angepasst. Hätte dieser Wandel nicht stattgefunden, würde diese Firma heute nicht mehr existieren, sprich alle Stellen wären verloren gegangen. Dies ist der konsequente und natürliche Werdegang privatwirtschaftlich geführter Unternehmen. Unternehmer mit dem Willen, den Fortbestand der Firma zu sichern, müssen leider auch schwere, unpopuläre Schritte einleiten, die einschneidend und oft schmerzhaft sind.

Der Kanton Schaffhausen mit einer Bevölkerung unter 80'000 Einwohnern ist kleiner als manches Quartier der Stadt Zürich. Auch sind diverse Gemeinden unseres Nachbarkantons mit ihren Einzugsgebieten um einiges grösser als unser gesamter Kanton. Diese Bezirke sind mit nebenamtlichen Gemeinderäten besetzt, welche kaum mehr als eineinhalb Vollpensum ergeben. Es gibt auch oft keine teuren Parlamente, teilweise gibt es noch öffentliche Gemeindeversammlungen, wie zum Beispiel in Wallisellen. Diese Zürcher Vorortgemeinde im Glatttal mit über 13'000 Einwohnern baut zurzeit neue Wohnungen für 5'000 Neuzuzüger. Das neu eingezonte Bauland wird in den nächsten drei Jahren mit einem Investitionsvolumen von Fr. 700 Mio. erstellt. Wallisellen hatte innerhalb von einem Jahr 500 Neuzuzüger zu verzeichnen; dazu hat die Glattalbahn sicherlich auch beigetragen. Im April wird der Gemeinderat für die nächsten vier Jahre neu besetzt. Kein Politiker dort kommt deshalb auf die Idee, den Gemeinderat proportional zu vergrössern. Die Zürcher Gemeinde prosperiert und hält die Aufwendungen auf Sparflamme.

Die Stadt Schaffhausen hat nur eine Chance, wenn sie endlich versucht, Tiefbauämter, Hochbauämter, Steuerverwaltungen und so weiter zusammenzulegen. Unter Zusammenlegung verstehe ich aber nicht, beide Abteilungen im gleichen Gebäude einzuquartieren, sondern es müssen gewisse Abteilungen gestrichen und wegrationalisiert werden.

Dieser Vorstoss ist nur umsetzbar, wenn die Strukturen rigoros umgebaut werden. Die Stadt braucht keine Bauarbeiterequipe, die Stadt braucht keine Ingenieure, diese Leute finden jederzeit auf dem ausgetrockneten Stellenmarkt jederzeit auch in der Privatwirtschaft eine angemessene Anstellung. Es ist nämlich eine Tatsache, dass der Staat zurzeit gut ausgebildete Fachkräfte hortet und aus der Privatwirtschaft zu sich zieht. Die Privatwirtschaft kann sich oft nur noch mit ausländischen

Arbeitskräften - leider sogar auch im Kaderbereich - verstärken.

Es ist traurig, wie die FDP-Mutterpartei heute Abend ihre Jungen degradiert. Es ist ein wenig ein Servieren auf dem Nachtschiff der linken Ratsseite. Ich werde diese Initiative - wie die meisten meiner Kollegen - ohne Gegenvorschlag unterstützen. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)

Votum

”Ich möchte ein Wort, das ich heute Abend sehr oft gehört habe, ins Zentrum rücken, nämlich den Mut. Es sei mutig von der Jungen FDP, diese Initiative zu lancieren, wurde heute Abend gesagt. Ich bin mir aber nicht so sicher, wie viel Mut es braucht. Ich fände es viel mutiger, und dies ist mein Aufruf an euch Junge: Werdet mutig, gründet Unternehmen, werdet Unternehmer. Geht in den Stadtrat, lasst euch aufstellen, geht in den Stadtschulrat, lasst euch dort die vielschichtigen Aufgaben erklären. Das ist es, was ich als mutig bezeichne. Einen Strich zu ziehen oder irgendetwas zu verlangen, das braucht noch lange keinen Mut. Mut ist, wenn man etwas macht. Wenn ihr den Stadtrat so kritisiert, dann müsst ihr den Stadtrat ablösen. “

Peter Neukomm (SP)

Schlusswort

”Ich werde versuchen, mich kurz zu halten. Es wurde heute Abend sehr viel gesagt.

Betreffend Prügel, die ich beziehen musste: Diese wurde mit mehreren Legislaturperioden rückwärts begründet. Ich lasse mich weder provozieren, noch reizen. Wenn ich heute als “Boxsack” etwas dazu beitragen konnte, der finanzpolitischen Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen, dann habe ich den Kopf gerne hingehalten. Die Schläge tun nicht besonders weh, weil ich weiss, dass jemand, der derart auf den Mann spielt, unter Argumentationsnotstand in der Sache leidet.

Ich danke vor allem den Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die heute Abend sachlich geblieben sind. An erster Stelle Dr. Raphaël Rohner, der erkannt hat, dass Service public, Investitionsfähigkeit und Infrastruktur der Stadt wichtige Standortfaktoren darstellen, die wir auf keinen Fall gefährden dürfen. Ich rufe ihn dazu auf, statt auf den vorgeschlagenen Gegenvorschlag zu pochen, den von ihm so gelobten und meiner Ansicht nach vernünftigen Weg weiter zu beschreiten und den Steuerfuss jedes Jahr aufgrund der Kenntnisse von Wirtschafts- und Finanzlage zu überprüfen. Das ist der richtige Weg, der auch - wie bereits erwähnt - durch übergeordnetes Recht vorgezeichnet ist. Wir brauchen keine Verfassungsbestimmungen, die uns unnötige Fesseln bescheren.

Zur Motion Wulschleger: Es wurde in der heutigen Debatte viel Falsches darüber gesagt. Die Motion ist eine Erbschaft aus früheren Zeiten, unter der ich zwar nicht leide, aber die ich irgendwie tragen muss. Ich garantiere Ihnen, dass diese Motion nicht in der Schublade liegt, sondern sehr intensiv beachtet wird. In der Stadtverwaltung haben wir uns letztes Jahr einen Auftrag erteilt und uns die Köpfe darüber zerbrochen, wie wir aus diesem Dilemma herausfinden. Ich garantiere Ihnen, dass dies nur über den Leistungskatalog funktioniert. Wir können nur Nägel mit Köpfen machen, wenn wir die Bereitschaft signalisieren, diesen Leistungskatalog neu zu definieren. Viele der Voten haben heute Abend dieses Thema angesprochen oder tangiert. In anderen Kantonen, beispielsweise St. Gallen, besteht ein Konsens bezüglich Leistungskatalog - diese Ausgangslage würde ich mir auch wünschen.

Sobald der Leistungskatalog klar festgelegt ist und von allen mitgetragen wird, muss aber auch die Bereitschaft vorhanden sein, die Konsequenzen zu tragen, das heisst es kostet auch etwas. Dies entbindet keinesfalls den Stadtrat davon, die Leistungen konstant zu verbessern und die Effizienz zu erhöhen. Ich versichere Ihnen, dass der Stadtrat dies sehr wohl versucht. Einzelne Votanten haben in ihren Voten zum Ausdruck gebracht, dass sie uns dies durchaus zutrauen und nicht nur böartig unterstellen, wir *wollen* nicht sparen. Es ist bei uns nicht so einfach wie in der Bank, wo mit einem Federstrich einige hundert Stellen gestrichen werden. Bei gewissen Leuten kann ich noch verstehen, dass ihnen aufgrund ihres jugendlichen Alters bestimmte Erfahrungen fehlen. Aber die öffentliche Hand ist keine Bank! Das muss auch einmal akzeptiert werden.

Nachdenklich hat mich die Haltung gewisser Jungen gestimmt, und diese widerspiegelt sich auch in der Initiative, die das Gefühl haben, warum sollen wir überhaupt noch solidarisch mit dem Rest der Gesellschaft sein und für Leistungen zahlen, die wir gar nicht beanspruchen? Steuerzahlen ist das Schlimmste, was einem im Leben begegnet. Da fehlt mir die Einsicht, dass unsere Gesellschaft so gar nicht vorwärts kommen kann, wenn nicht alle einen gewissen Beitrag dazu leisten, dass unser Staatswesen funktioniert. Die Jungen haben manchmal wirklich das Gefühl, Vollservice zum Nulltarif beziehen zu können. Für mich ist die Initiative Ausdruck dieser Haltung. Ich bin deshalb Gädi Distel dankbar, dass sie dieses Thema aufgegriffen hat. Gewisse Leistungen haben einen bestimmten Preis. Ich muss den Steuerzahlenden dieser Stadt ein grosses Kompliment machen, die meisten von ihnen zahlen sehr pflichtbewusst und wissen, was mit ihren Geldern passiert und dass verantwortungsvoll damit umgegangen wird.

Ich werde im Rahmen des Protokolls alle heute Abend erwähnten Detailvorschläge gewissenhaft prüfen und versichere Ihnen an dieser Stelle, dass auch die Themen wie Zusammenarbeit in Kooperationen oder Zusammenlegung verschiedener Abteilungen sorgfältig geprüft werden. Es geht aber natürlich auch an der Sache vorbei, wenn uns der Initiant Till Hardmeier vorwirft, nicht alle ihre Ideen aufzunehmen und gut zu heissen. Es ist nicht sehr tolerant, wenn Sie nur Ihre Ideen als die richtigen beurteilen. Lassen Sie uns die Möglichkeit, unsere Ideen, die sich zwar in gewissen Punkten von Ihren unterscheiden, einzubringen wie wir diese Stadt vorwärts bringen wollen. Einfach nur zu sagen, dass wir gar nicht in der Lage sind oder nicht wollen, einen Beitrag an eine Sparpolitik zu leisten, ist völlig haltlos. Ich empfehle Ihnen, mit Ihren zwei Vertretern im Stadtrat das Gespräch zu suchen. Vielleicht gelingt es ihnen, verständlich zu machen, wie eine öffentliche Verwaltung funktioniert und wie Sparvorschläge umgesetzt werden.

Alfred Tappolet möchte ich als Mitglied des Kantonsrates fragen, ob er weiss, um wie viel der Regierungsrat sein Rohbudget kürzen musste und ob er sich im Kantonsrat auch entsprechend geäussert hat, der Regierungsrat nehme seine Führungsverantwortung nicht wahr.

Wir werden die genannten Vorschläge im Rahmen der Leistungsanalyse, in die Sie einbezogen werden und über die am kommenden Donnerstag im Rahmen der Parteigespräche näher informiert wird, eingehend überprüfen. Wir wollen in Zukunft möglichst keine unnötige Energie mehr verbrauchen, zumal *alle* Beteiligten das Gleiche wollen, nämlich diese Stadt vorwärts bringen. “

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, verliest die Vorlage des Stadtrates vom 12.01.2010, Seiten 1-15, die Anträge auf Seite 16 sowie die Beilage wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Januar 2010 betreffend die Initiative "Steuerbelastung senken! Jetzt!" der Jungfreisinnigen Partei. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Initiative "Steuerbelastung senken! Jetzt!" für gültig. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Er verzichtet auf einen Gegenvorschlag.

Dr. Raphaël Rohner (FDP), Antrag zu Ziff. 3:

Er setzt eine Kommission zur Erarbeitung eines Gegenvorschlages ein.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Vorschlag mit 26 : 7 Stimmen ab.

4. Die Initiative wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Till Hardmeier (JFSH), Antrag zu Ziff. 4:

Die Initiative wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag *auf Zustimmung* zur Abstimmung unterbreitet.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Vorschlag mit 21 : 10 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die VdSR Überweisung und Stellungnahme des Stadtrates vom 12. Januar 2010 zur Initiative "Steuerbelastung senken! jetzt" der Jungfreisinnigen der Stadt Schaffhausen mit 20 : 5 Stimmen gut.

Abschliessend bedankt sich SR Peter Neukomm für das Vertrauen, welches das Parlament mit der Ablehnung der Initiative dem Stadtrat ausgesprochen hat.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DER RATSPRÄSIDENTIN:

Die nächste Ratssitzung vom Dienstag, 9. März 2010, findet als Doppelsitzung mit Beginn 16 Uhr und einer einstündigen Pause ab 18 Uhr statt. Stadtpräsident Thomas Feurer hat sich entschuldigt, die Traktandenliste wird entsprechende Anpassungen erfahren.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 21:08 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt